

KRIEGSVERBRECHEN

Wirklich erstaunt

In den USA läuft eine Prozeßwelle gegen eingebürgerte deutsche Kriegsverbrecher an. Doch viele der Ex-Nazis sind mit Billigung amerikanischer Behörden eingewandert.

Vor dem Einwanderungs-Gericht von Chicago steht unter dem Aktenzeichen A-10682-861 ein Verfahren an, dem sich der Angeklagte – so meinen Beobachter – unter Hinweis auf seine angeblich schlechte Gesundheit so lange wie möglich entziehen wird.

Denn der deutsche Staatsbürger Hans Lipschis, 1919 in Litauen geboren und seit 1956 in den USA wohnhaft, muß fürchten, wegen Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges aus den USA ausgewiesen zu werden. Lipschis, behaupten amerikanische Staatsanwälte, sei „Mitglied eines SS-Totenkopfverbandes“ gewesen und habe in den KZs Auschwitz und Birkenau an der „Verfolgung von Gefangenen“ mitgewirkt, zumindest aber sie „befohlen“ oder „angeregt“.

Solche Verfahren sind in den USA kein Einzelfall mehr: Allan Ryan, 37, Direktor einer Abteilung des US-Justizministeriums, die sich auf Ermittlungen gegen in den USA untergetauchte Nazi-Kriminelle spezialisiert, weiß von Hunderten Nazi-Kollaborateuren und kennt „ihre Adressen, ihr Leben, ihre Schuld“. Allerdings hat er „in den meisten Fällen“ Zweifel, daß sie „für ihre Grausamkeiten büßen müssen“. Sein Office of Special Investigations untersucht derzeit mehr als 200 Fälle. Zwei Dutzend Anschuldigungen gegen ehemalige Nazi-Kollaborateure werden in den nächsten Monaten von US-Gerichten entschieden:

* *Dem 1919 in Estland geborenen Karl Linnas, 1951 in die USA eingereist und seit 1960 amerikanischer Staatsbürger, werfen amerikanische Nazi-Verfolger „Beteiligung an Hinrichtungen“ von Gefangenen im Konzentrationslager Tartu (Estland) vor.*

* Dem US-Bürger Michael Derkacz wird angelastet, er habe zwischen 1941 und 1944 „an Hinrichtungen und Mißhandlungen unbewaffneter jüdischer Zivilisten“ mitgewirkt.

* Der 1949 in die USA eingereiste Liudas Kairys soll Mitglied der SS-Wachmannschaft im polnischen Trawniki sowie im Vernichtungslager Treblinka gewesen sein.

* *Gegen Talivaldis Karklins wird vermutlich im Januar nächsten Jahres ein kalifornischer District Court verhandeln. Der Einwanderer, seit 1963 US-Staatsbürger, soll von 1941 bis S.171 zum Herbst 1942 Befehlshaber des Konzentrationslagers Madona in Lettland gewesen sein.*

* Dem 1910 in Dresden geborenen Konrad Schellong wird vorgeworfen, Kompanieführer von Wachmannschaften in Sachsenburg und in Dachau verantwortlich für die Ausbildung von SS-Rekruten für den KZ-Dienst gewesen zu sein.

Die steigende Zahl der Ausbürgerungsverfahren ist kein Zufall. Denn Hunderte, wenn nicht Tausende ehemaliger Nazis, so enthüllte der Autor John Loftus in dem unlängst erschienenen Buch „The Belarus Secret“, wurden von den amerikanischen Geheimdiensten unter Umgehung der bestehenden Gesetze, die eine Einwanderung ehemaliger Nazis ausschlossen, in die USA geschmuggelt. Sie kamen als Teil jener rund 400.000 Flüchtlinge vornehmlich aus Ost-Europa, welche die USA zwischen 1948 und 1952 einreisen ließen. Die amerikanischen Behörden wußten, daß Verfolger und Verfolgte des Naziregimes gleichermaßen in die USA gelangten. „Wie viele es waren, wissen wir allerdings nicht“, so Allan Ryan.

In den frühen Tagen des Kalten Krieges waren diese Nazi-Sympathisanten den amerikanischen Geheimdiensten nicht unwillkommen. Die Amerikaner erwarteten den Konflikt mit den Sowjets und wollten vorbereitet sein. Sabotage-Trupps, zusammengestellt aus Flüchtlingen, die unter Hitler den sowjetischen Kommunismus zu beerdigen hofften und ortskundig waren, sollten im Konfliktfall hinter den sowjetischen Linien abgesetzt werden und den Widerstand der Bevölkerung organisieren. „Alles, was den Russen Ärger bereiten würde, war erlaubt“, notiert Loftus, auch „die Rekrutierung von Nazis“.

1949 wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach offiziell bis zu 100 Personen jährlich ein Einreisevisum erhalten konnten, denen streng nach Vorschrift eigentlich die Einreise in die Vereinigten Staaten versperrt bleiben sollte, so auch den Nazis.

FBI-Chef Edgar Hoover setzte die Ex-Nazis zur Bespitzelung der Einwanderer aus dem Osten ein, unter denen die Amerikaner kommunistische Spitzel wähten. Dutzende der ehemaligen Nazi-Kollaborateure erhielten Jobs bei antikommunistischen Propagandasendern. Ihre Papiere wurden frisiert, belastende Akten verschwanden. Staatsanwälte wurden Auskünfte über die ehemaligen Nazis verweigert, Anklagen gegen dennoch entdeckte Hitler-Gefolgsleute mit Hinweis auf ihre Agententätigkeit für die USA unterdrückt.

Die amerikanische Bevölkerung „hatte von der Infiltration der Nazis in die USA keine Ahnung“, vermutet Allan Ryan. Die „Bösewichte saßen in Südamerika, aber nicht bei uns“.

1964, als Hermine Braunsteiner-Ryan, ehemalige Aufseherin im Konzentrationslager Majdanek, im New Yorker Stadtteil Queens aufgespürt wurde (im Juni 1981 wurde sie in der Bundesrepublik zu lebenslänglicher Haft verurteilt), waren die Bürger denn auch „wirklich erstaunt“ (Ryan). Aktiv freilich fahndeten die amerikanischen Behörden auch danach noch nicht nach weiteren Kriegsverbrechern.

Erst als zwei Abgeordnete des Repräsentantenhauses in einem Hearing das amerikanische Nazi-Problem aufwarfen, richtete das Justizministerium 1978 das „Office of Special Investigations“ ein, das gegenwärtig etwa 50 Mitarbeiter beschäftigt, darunter 20 Anwälte.

Namenslisten von SS-Einheiten und von Wachmannschaften der Konzentrationslager werden von den Fahndern in die Computer gefüttert und mit den Dokumenten der Einwanderungsbehörden verglichen. Nazi-Jäger Simon Wiesenthal in Wien, deutsche und israelische Dokumentationszentren und Staatsanwälte liefern Hinweise und Unterlagen an die Amerikaner.

Die in den USA aufgespürten ehemaligen Nazis sind zwar „erschreckt, wenn wir an ihre Türen klopfen“ (Ryan), nie jedoch sei einer „nach dem Besuch spurlos verschwunden“. Das Einspruchsverfahren gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die Verhandlung über eine Deportation dauern meist mehrere Jahre – zuweilen sterben die Nazi-Greise, bevor sie ausreisen müssen, so Otto von Bolschwing, seit 1959 amerikanischer Staatsbürger. Der ehemalige SS-Offizier soll in Rumänien an Judenverfolgungen beteiligt gewesen sein.

Durch Tod entging auch der 1920 in der Ukraine geborene Albert Deutscher einer möglichen Ausweisung. Einen Tag nach der Eröffnung des Gerichtsverfahrens, in dem ihm die Staatsanwaltschaft Beteiligung am „Massenmord“ vorgeworfen hatte, wurde er in Chicago von einem Zug erfaßt und getötet. Der Leichenbeschauer entschied: Selbstmord.

Ausbürgerung und Abschiebung sind die einzigen Maßnahmen, welche die amerikanische Justiz verhängen kann. Denn amerikanische Gerichte können über im Ausland von Ausländern an Nichtamerikanern verübte Straftaten kein Recht sprechen. „Das könnten nur die betroffenen Staaten“, meint Allan Ryan. „Die halten sich aber häufig sehr zurück.“ An kommunistische Staaten wiederum mögen die Amerikaner die ehemaligen Nazis nicht ausliefern.

Deshalb hatte bereits im Februar Reagans Justizminister William French Smith schriftlich den damaligen Bonner Justizminister Jürgen Schmude gebeten, die Auslieferung von *Nazi-Kollaborateuren aus Litauen, der Ukraine und Lettland* zu beantragen, die in den USA aufgespürt

wurden. Damit könne sich die amerikanische Justiz Verfahren zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft und Ausweisung ersparen. Er sei sich bewußt, schrieb der Amerikaner an Schmude, daß viele dieser Nazis nicht oder nicht mehr deutsche Staatsbürger seien und ihre Taten außerhalb Deutschlands verübt hätten. Bewiesen sei allerdings, daß „diese Personen im allgemeinen unter der Verantwortung des Dritten Reiches tätig wurden“.

Weder die Andeutung, die Bundesrepublik müsse sich in diesem Rechtsproblem als Erbe des Nazi-Regimes verstehen, noch der Smith-Kommentar, wonach die USA und die Bundesrepublik gemeinsam die feierliche Verantwortung dafür zu übernehmen haben, daß das Recht im Fall von Nazi-Kriminalität gesprochen wird“, konnte die Bonner überzeugen.

Mit Datum vom 12. Februar ließ Schmude den Republikaner wissen: „Der deutsch-amerikanische Auslieferungsvertrag läßt ... grundsätzlich nur die Auslieferung wegen Straftaten zu, die im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begangen worden sind.“ Und: Wegen der deutschen Verjährungsfristen könnten ohnehin nur noch Mordtaten verfolgt werden.

Auch im Fall des Hans Lipschis, über den in den nächsten Tagen in Chicago verhandelt werden soll, blieb die Bundesrepublik untätig. „Wir haben nichts gehört“, bestätigte ein für das Verfahren zuständiger Ankläger. Chef-Fahnder Allan Ryan: „Wir bedauern das.“



Nr. 41/1991 – 07.10.1991

Baltikum

Schlechtes Zeugnis

Zu Tausenden halfen Balten den Nazis beim Mord an Juden. Gegen die Rehabilitierung litauischer Kriegsverbrecher regt sich Protest.

Das ärmliche Apartment 24 in der Girmunai-Straße 49 am Stadtrand der litauischen Hauptstadt Vilnius ist Gedenkstätte und Tribunal zugleich.

Einmal pro Woche putzt dort Rivha Bogomolnaja die rund zwei Dutzend Glasrahmen blank, die auf Kommoden, Tischen und Simsens stehen. Sie bewahren vergilbte Porträts von ihren engsten Verwandten, von Männern, Frauen und Kindern.

Alle wurden vor einem halben Jahrhundert, nachdem Hitlers Wehrmacht bis September 1941 das Baltikum überrollt hatte, von den Nazis und ihren Hilfstruppen umgebracht.

Seither wartet die alte Dame auf die Stunde der Gerechtigkeit. Dafür hat sie Briefe und Berichte gesammelt, die sie in einer Plastiktüte aufbewahrt. Die Aufzeichnungen beschreiben, was sie, Tochter einer jüdischen Familie aus dem südlitauischen Dörfchen Eigirdonis, und andere Juden in den drei Jahren deutscher Okkupation zu erdulden hatten. Es sind grauenvolle Erinnerungen an eine Zeit, in der sich litauische Mitbürger, sogar gute Bekannte, in Massenmörder verwandelten.

Einer der Henker, so behauptet Bogomolnaja, lebt heute nur 100 Kilometer entfernt in der Universitätsstadt Kaunas (Kauen): Juozas Krasinskas, in den Jahren der deutschen Besetzung als Polizeibeamter tätig. Rivha Bogomolnaja: „Ich sah, wie er prügelte und tötete. Dafür gibt es noch andere lebende Zeugen.“

Ihr selbst gelang die Flucht aus der letzten Gruppe von Juden, die von Krasinskas zur Exekution getrieben wurde. Nach der Rückeroberung der baltischen Republiken durch die Rote Armee verurteilte ein Sowjetgericht den Litauer wegen „Teilnahme am Massenmord“.

Rivha Bogomolnaja war erschüttert, als sie erfuhr, daß der Ex-Polizist kürzlich von der Generalstaatsanwaltschaft der unabhängigen Republik Litauen rehabilitiert worden sei und eine Entschädigung von 5.000 Rubel erhalten hatte. Die alte Dame verbittert: „Die machen sich lustig über uns.“

Die Generalstaatsanwaltschaft ist zuständig für die Anwendung eines Gesetzes, das Litauens Parlament schon im Mai 1990 nahezu unbeachtet verabschiedet hatte. Die Absicht schien zunächst lauter: Die Abgeordneten widerriefen die Rechtmäßigkeit aller sowjetischen Verwaltungsakte ab Juli 1940, als Stalin alle drei Baltenrepubliken gewaltsam annektierte. Etwa 130 000 Balten – darunter auch viele Juden – waren 1940/41 deportiert oder hingerichtet worden.

Für ungültig erklärte Litauen jetzt auch Urteile, die sowjetische Zivil-, Militär- und Geheimgenrichte über litauische Bürger verhängten, nachdem die Rote Armee die Baltenrepubliken im Sommer 1944 zurückerobert hatte.

Damals machte sich Stalins Terrormaschine daran, den „Faschismus zu liquidieren“. Spezielle Gruppen aus Parteimitgliedern und antideutschen Partisanen, schreibt der Historiker Karlis Kangeris vom Zentrum für Baltische Studien an der Stockholmer Universität, aber auch die Geheimdienste machten Jagd auf Kollaborateure, die oftmals ohne Verfahren gehenkt wurden. Balten, die in der Wehrmacht gedient hatten, wurden in Strafbataillone gesteckt und in Arbeitslager verschleppt, das „Wehrmachtsgefolge“ als Arbeitstrupps im Baltikum eingesetzt, die Bauern, in Stalins Augen ohnehin „Berufsfaschisten“, enteignet und schließlich deportiert.

Bis zu 124.000 Esten, 258.000 Letten und 570.000 Litauer, schätzt Kangeris, „erlitten zwischen 1944 und 1949 Repressionen oder wurden deportiert“. Auch nach den Exzessen der ersten Nachkriegsjahre wurden baltische „Kriegsverbrecher“ hinter verschlossenen Türen von sowjetischen Kriegs- und Sondergerichten im Schnellverfahren abgeurteilt.

Die Sowjetmacht berief sich dabei auf ein Dekret, das vom Präsidium des Obersten Sowjet in Moskau am 19. April 1943 erlassen worden war. Danach sollten Schwerverbrechen gegen sowjetische Bürger mit dem Tod durch Erhängen, „Gehilfen des Faschismus“ mit Zwangsarbeit bestraft werden.

Die Willkür der Sowjets gibt nun für Generalstaatsanwalt Arturas Paulauskas die Rechtfertigung für die Rehabilitation verurteilter Litauer her. Mehr als 20.000 Unschuldbescheinigungen hat seine Behörde bereits ausgestellt, „weitere Tausende“ werden laut Paulauskas folgen. Zwei Drittel der Persilscheine werden auf Antrag Angehöriger postum erteilt, der Rest wäscht noch Lebende rein.

„Diese Bürger“, so der Generalankläger, „wurden nicht von Gerichten, sondern von in Moskau zusammengesetzten Sonderkommissionen verurteilt, ihre Geständnisse erpreßt, die Zeugen genötigt. Sie hatten kein Recht auf Verteidigung. Die Urteile haben daher keine rechtliche Grundlage.“

Wegen der summarischen Wiedergutmachung wurden auch Kriegsverbrecher freigesprochen, obwohl das Gesetz Täter ausschließt, die sich des Mordes oder Völkermordes schuldig gemacht haben.

Friedensnobelpreisträger Eli Wiesel wies Litauens Präsidenten Vytautas Landsbergis schockiert darauf hin, daß eine Freisprechung der Kriegsverbrecher „von anständigen Menschen weder verstanden noch akzeptiert werden kann“. Ende August schrieb Rabbi Marvin Hier, Leiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, in einem Brief an Landsbergis, die Opfer und Überlebenden des Holocaust hätten einen Anspruch darauf, daß Teilnehmer am Massen-

mord nicht rehabilitiert würden. Eine solche Amnestie würde „den mit der Wiederentstehung eines freien Litauens erzielten historischen Erfolg beflecken“.

Gleichzeitig präsentierte der Nazi-Jäger eine Liste mit den Namen von 15 Rehabilitierten, die nach Ansicht der Wiesenthal-Mitarbeiter „aktiv an der Ermordung von Zivilisten“ teilgenommen hatten.

Zum Beispiel Aloizas Juodis, Jahrgang 1922. Er gehörte von 1941 bis 1943 dem berüchtigten 12. Polizeibataillon an, dessen Massenerschießungen von Juden in Litauen und Belorussland gut dokumentiert sind. Vor einem Sondergericht der sowjetischen Staatssicherheit legte Juodis im April 1948 ein Geständnis ab, das zwei weitere Zeugen bestätigten.

Die Akten über Juodis und andere waren dem Wiesenthal Center aus Vilnius zugespielt worden. Denn bei weitem nicht alle Litauer sind mit der summarischen Rehabilitierungspraxis ohne Einzelprüfung und Angabe von Gründen einverstanden. Ein jüdischer Jurist quittierte vor einem Monat aus Protest seinen Dienst bei der litauischen Generalstaatsanwaltschaft.

Weder Präsident Landsbergis, dessen Familie während der deutschen Besatzung gejagten Juden Schutz gewährte, noch die Regierung hätten eine pauschale Reinwaschung „beabsichtigt und gebilligt“, glaubt Efraim Zuroff, Direktor des Jerusalemer Ablegers des Wiesenthal Center. Aber es gebe Kräfte im höheren und mittleren Verwaltungsapparat, besonders in der Generalstaatsanwaltschaft, die um den Nachweis bemüht seien, daß bestimmte antisemitische Litauer „das, was sie Juden angetan haben, nicht getan haben“.

Dahinter argwöhnt Zuroff einen „Ansatz von Holocaust-Revisionismus“, ein grundsätzliches Bemühen bestimmter litauischer Kreise, „sich von der Schuld reinzuwaschen“.

Solche Versuche hat es im Baltikum immer gegeben, früher gingen sie oft von Exil-Vereinen aus. So forderte das „Vereinigte Baltisch-Amerikanische Komitee“ in den achtziger Jahren die Abschaffung des US-Büros für Sonderermittlungen, das nach in Amerika untergeschlüpfen Kriegsverbrechern fahndet.

Der Litauisch-Amerikanische Rat in Chicago bestritt gar die Beteiligung von Landsleuten an der Judenvernichtung: Gemordet hätten nur Deutsche, getarnt mit litauischen Uniformen.

Die litauische Rehabilitation, befürchten jüdische Organisationen, könnte andere Republiken der einstigen Sowjetunion zur Nachahmung verleiten. Estland, Lettland und die Ukraine (es gab eine galizische SS-Division) „haben ein ebenso schlechtes Führungszeugnis“, sagt Efraim Zuroff.

Ohne die Teilnahme örtlicher Sonderkommandos, ohne die Hilfe nationalistischer und antisemitischer Bünde und ohne die Unterstützung der Zivilbevölkerung hätten die mit der Judenvernichtung beauftragten deutschen Spezialverbände ihr Werk gewiß nicht so perfekt vollenden können.

In Lettland, vor allem aber in Litauen machten sich im Sommer 1941 Einheimische an die Liquidierung ihrer jüdischen Mitbürger, noch bevor die aus SS und Sicherheitsdienstpersonal zusammengewürfelte *Einsatzgruppe A* – knapp 1.000 Mann – mit der geplanten totalen Judenvernichtung begann.

Im litauischen Plunge (7.000 Einwohner) begingen sofort nach dem Durchstoß der Wehrmacht Ortskräfte unter Anleitung litauischer Offiziere ein Pogrom. Die Juden wurden in der Synagoge zusammengetrieben, Greise auf Scheiterhaufen aus Torarollen und heiligen Büchern verbrannt, 12 und 13 Jahre alte Mädchen vergewaltigt. Der größte Teil der Juden wurde schließlich in den Wäldern erschossen. Innerhalb weniger Tage waren praktisch alle 2.000 Juden aus Plunge getötet (SPIEGEL 17/1984).

In Kaunas, bis 1940 Litauens Hauptstadt, brannten einheimische „Partisanen“ schon Ende Juni 1941 Synagogen und ein jüdisches Wohnviertel mit 60 Häusern nieder. Laut Augenzeugen-

genberichten deutscher Wehrmachtsoffiziere schlugen die Täter ihre Opfer an einer Tankstelle zu Hunderten der Reihe nach tot. Ein Major notierte: „Unsere deutschen Soldaten waren ruhige Zuschauer; hatten keinen Befehl, das Blutgericht irgendwie aufzuhalten.“

Die deutschen Heeresoffiziere fürchteten gleichwohl negative Auswirkungen auf die Truppenmoral. Fortan wurde hinter den Mauern der alten Festung von Kaunas gemetzelt. Allein am 4. und 6. Juli exekutierten dort litauische Freischärler 2.977 Juden – unter Anleitung des SS-Standartenführers Karl Jäger, Chef des für Litauen zuständigen Einsatzkommandos 3 der *Einsatzgruppe A*.

Jäger brüstete sich später gegenüber Vorgesetzten: „Die Aktion selbst kann als Paradeschießen betrachtet werden.“

Noch schrecklicher wütete die *Einsatzgruppe A* im benachbarten Lettland. Bevor sie dort ihre Tätigkeit begann, hatten Banden der chauvinistischen Organisation Peronkrust (Donnerkreuz) und des antibolschewistischen Schutzkorps Aizargi mit der „Selbstreinigung“ von den Juden begonnen.

„Bei Tag und bei Nacht, auf den Straßen, in Läden, Fabriken und Werkstätten machten sie Jagd auf uns“, berichtete einer der Davongekommenen. „Männer und Frauen, Kinder und Greise trieb man in die Wälder, wo man sie am Rande bereits ausgehobener Gräber aufstellte und zu Hunderten und Tausenden erschoss. Neugeborenen und Säuglingen zerschmetterte man die Schädel an der Wand oder warf sie in die Luft und schoß auf sie wie auf Tontauben oder fing sie auf Bajonettspitzen auf.“

In Lettland konnte sich die Einsatzgruppe A einer besonders grausamen Formation der Einheimischen bedienen: Das „Jagdkommando Viktor Arajs“, das fast ausschließlich aus Letten bestand, ermordete gnadenlos jeden Juden, dessen es auf seinen Streifzügen durch Lettland und bis nach Belorußland hinein habhaft wurde.

Viktor Arajs wurde 1979 von einem Hamburger Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Wie die allermeisten baltischen Kollaborateure – insgesamt 235.000 – hatten ihn die 1944 zum Rückzug gezwungenen Deutschen evakuiert. Von insgesamt einer Viertelmillion Juden, die 1939 im Baltikum lebten, davon allein in Litauen 155.000, wurden 80 Prozent umgebracht. Wiesenthal-Mitarbeiter spürten beim Durchkämmen der Listen von Exilbalten laut Zuroff „in den letzten fünf Jahren 1.000 des Judenmordes Verdächtige“ auf. Großbritannien, Kanada, Australien und die USA haben ihre Justizbehörden angewiesen, bei genügend Beweisen Anklage zu erheben. Zuroff wünscht sich ein ähnliches Verfahren auch in Litauen.

Rivha Bogomolnaja hat seit einem halben Jahrhundert auf rechtsstaatliche Prozesse gegen Kriegsverbrecher gewartet. Doch da sie die Einstellung ihrer litauischen Mitbürger kennt, hegt sie nur geringe Hoffnungen. „Die Wahrheit läßt sich einfach finden. Aber die Leute hier wollen sie nicht finden.“



... Mitte Dezember 1998

„Es besteht kein Anlaß, diese Rechtsprechung aufzugeben“

Das Bundessozialgericht hat ein Stuttgarter Urteil aufgehoben und SS-Männern aus Lettland grundsätzlich eine Rente zugebilligt. Das Bundessozialgericht hat lettischen Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS grundsätzlich Anspruch auf eine Kriegsoffiziersrente zugebilligt. Ein entgegen gesetztes Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg wurde kassiert.

Von Stefan Geiger

Noch immer werden Opfer des Nazi-Terrors schäbig behandelt, noch immer müssen beispielsweise ehemalige Zwangsarbeiter aus Osteuropa auf eine ohnehin nur symbolische Entschädigung warten. Derweil haben Osteuropäer, die damals mit den Deutschen gemeinsame Sache machten, beispielsweise als Angehörige der einstigen Waffen-SS, gute Chancen, von der Bundesrepublik noch eine Rente zu bekommen. Nach der jüngsten Entscheidung des Bundessozialgerichts sogar mehr denn je.

Die Kasseler Richter haben jetzt entschieden: Wer als Angehöriger der Waffen-SS im Kriegseinsatz verletzt worden ist, muß nach dem Bundesversorgungsgesetz eine Entschädigung erhalten wie jeder Soldat der Wehrmacht auch. Das gelte gerade auch für Letten, die sich damals freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hatten. Nur bei ausländischen Verbänden, die auf deutscher Seite gekämpft, aber „andere, selbständige Ziele“ verfolgt hätten, gelte etwas anderes. Das Landessozialgericht Baden-Württemberg hatte das in den Jahren 1996 und 1997 noch anders gesehen. Offenkundig unter dem Eindruck der damals entbrannten öffentlichen Diskussion über die so unterschiedliche Behandlung von Opfern und Tätern hatten die Stuttgarter Richter zwei Letten eine Kriegsoffiziersrente verweigert. Dabei sind die Stuttgarter, wie jetzt auch die Kasseler Richter, mit keinem Wort auf die verwerfliche Rolle der Waffen-SS eingegangen. Sie versuchten vielmehr, den Rentenanspruch mit einer sehr formalen Argumentation abzuweisen. Die SS-Truppen, so die Stuttgarter damals, seien kein Teil der Wehrmacht gewesen. Für einen „militärähnlichen Dienst für eine (andere) deutsche Organisation“ gebe es aber nach dem Bundesversorgungsgesetz keine Entschädigung. So glaubten sie, die Zahlungen an SS-Angehörige begrenzen zu können, ohne allzutief in eine inhaltliche Diskussion einsteigen zu müssen.

Der 9. Senat des Bundessozialgerichts folgte dieser Argumentation jetzt nicht. Das oberste Sozialgericht verweist darauf, daß der Gesetzgeber seit Anfang 1998 sogar ausdrücklich die Angehörigen der Waffen-SS in den Kreis der Versorgungsempfänger einbezogen hat, die früher dort vorsichtshalber nicht namentlich aufgeführt waren. Vollzogen wurde diese Änderung ausgerechnet bei dem Versuch, dem einen oder anderen Übeltäter die Rente nachträglich streichen zu können. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn dem einzelnen die Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachgewiesen werden kann – auch bei Angehörigen der Waffen-SS. Daß Mitglieder der Waffen-SS Anspruch auf eine Rente haben, ist ständige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts gewesen. Und: „Es besteht kein Anlaß, diese Rechtsprechung aufzugeben“, heißt es jetzt trotz und ostentativ in der Urteilsbegründung des Kasseler Gerichts, das um die politischen Folgen seiner Entscheidung sehr wohl weiß.

In einer Presseerklärung des Stuttgarter Anwaltsbüros Schnabel und Heinz, das Kläger aus Lettland vertreten hat, steht denn auch: „Darüber hinaus dürfte das Urteil in seinem sachlichen Gehalt auch zu einer erheblichen Versachlichung der Diskussion über die Rolle der Waffen-SS...beitragen.“

Die Gerichte hätten übrigens nicht zwingend so grundsätzlich über die Anträge der Kläger aus Lettland entscheiden müssen. In der ersten Instanz war einer der Kläger beispielsweise schon mit der Begründung abgelehnt worden, es sei keineswegs nachgewiesen, daß die Gesundheitsschädigungen, insbesondere eine erst Jahrzehnte später aufgetretene Epilepsie, überhaupt Folgen von Kriegsverletzungen seien. Die übergeordneten Instanzen wollten aber erkennbar ausgerechnet an diesem Beispiel zwei – einander nun widersprechende – Grundsatzentscheidungen fällen.

Was die aus der Ferne klagenden, lettischen SS-Männer damals genau gemacht haben, spielte in allen drei Instanzen übrigens keine Rolle; ihre persönliche Lebensgeschichte ist den anderen Verfahrensmitgliedern unbekannt. Die Fälle sind jetzt an das Stuttgarter Landessozialgericht zurückverwiesen worden. Es geht dabei nicht um weltbewegende Summen, um eine Rente von wenigen hundert Mark im Monat, was sich aber rückwirkend bis zum Zeitpunkt der Antragstellung Anfang der neunziger Jahre auch jeweils zu einem Betrag von mehreren 10.000 Mark summieren würde. Das ist in Lettland viel Geld. Und es ist weit mehr, als irgendein Zwangsarbeiter, sofern er denn vor seinem Tod überhaupt noch eine Entschädigung erhält, je erhoffen dürfte.

Formaljuristisch mag man so argumentieren wie das Bundessozialgericht, und man kann auch darauf verweisen, daß die Leistungen im Sozialrecht nach formalen Kriterien ohne moralische Wertung zu gewähren sind. Bemerkenswert ist aber schon, welcher Menschen sich die deutsche Justiz nachhaltig und effektiv annimmt und welche Menschen sie zur selben Zeit – bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht – abweist oder aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet. Die neue Diskussion um eine Entschädigung der Zwangsarbeiter jedenfalls ist erst angestoßen worden, nachdem die von der deut-

schen Justiz bitter enttäuschten Kläger begonnen haben, ihr Recht anderswo zu suchen. Die Justiz kann, wenn sie denn will, durchaus über den Einzelfall hinaus etwas bewirken.

aus: haGalil.com (Dezember 1998)



Juristisches Internetprojekt Saarbrücken: <http://www.jura.uni-sb.de>

Bundessozialgericht

Pressemitteilung

Nr. 84 vom 14.12.1998

Der 9. Senat des Bundessozialgerichts hat am 9. Dezember 1998 über sechs Revisionen aus dem Recht der Kriegsopferversorgung, der Gewaltopferentschädigung und des Schwerbehindertenrechts sowie über mehrere Nichtzulassungsbeschwerden entschieden.

1) B 9 V 45/97 R

Die Revision des lettischen Klägers führte zur Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidung und zur Zurückverweisung des Rechtsstreits an das LSG.

Das Berufungsgericht ist zu Unrecht davon ausgegangen, daß das Bundesversorgungsgesetz (BVG) nicht auf den Kläger angewendet werden kann. Steht – wie hier – aufgrund des teilweise rechtskräftig gewordenen erstinstanzlichen Urteils fest, daß der Versorgungsträger zur Anerkennung bestimmter Gesundheitsstörungen als Schädigungsfolgen i. S. v. § 1 BVG verpflichtet ist, kann dem Kriegsbeschädigten, wenn er im Berufungsverfahren nur noch eine Verschlimmerung dieser Schädigungsfolgen geltend macht, nicht entgegengehalten werden, er gehöre als ehemaliger Angehöriger einer ausländischen Waffen-SS-Einheit nicht zum Personenkreis der Versorgungsberechtigten.

Im erneuten Berufungsverfahren wird das LSG zu prüfen haben, ob die geltend gemachte Verschlimmerung der Schädigungsfolgen vorliegt und ob der Kläger einen Anspruch auf Versorgungsleistungen hat.

Vorgehende Entscheidungen:

SG Stuttgart – S 7 V 1292/95 – und LSG Baden-Württemberg – L 8 V 2704/97.

2) B 9 V 46/97 R

Der Senat hat auch in diesem Falle das Berufungsurteil aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung und Entscheidung an das LSG zurückverwiesen.

Das LSG hat den geltend gemachten Anspruch auf Versorgung zu Unrecht mit der Begründung abgelehnt, das BVG sei auf lettische Angehörige der Waffen-SS nicht anzuwenden.

1. Wer als Angehöriger der Waffen-SS im Kriegseinsatz verletzt worden ist, erhält wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung ebenso Versorgung nach dem BVG wie ein Soldat der Wehrmacht. Das entspricht der ständigen Rechtsprechung des BSG. Es besteht kein Anlaß, diese Rechtsprechung aufzugeben. Mit der Einführung des § 1a BVG Anfang 1998 ist die Auffassung des BSG zur ver-

sorgungsrechtlichen Stellung von Angehörigen der Waffen-SS ausdrücklich bestätigt worden. In § 1a Abs. 1 S. 2 BVG wird die SS-Zugehörigkeit Versorgungsberechtigter erstmals erwähnt. Danach sind sogar freiwillige Mitglieder der SS in den geschützten Personenkreis einbezogen. Die freiwillige Mitgliedschaft kann lediglich Anhaltspunkt sein, besonders intensiv zu prüfen, ob der Antragsteller durch sein individuelles Verhalten gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, so daß ihm – im Einzelfall – Leistungen zu versagen sind.

2. Das BVG schließt ausländische Kriegsoffer mit Wohnsitz in der Bundesrepublik in den versorgungsrechtlich geschützten Personenkreis ein. Versorgung wird – in eingeschränktem Umfang – auch ausländischen Kriegsoffern im Ausland (hier: Lettland) gewährt. Kriegsteilnehmer gehören zum Kreis der Versorgungsberechtigten allerdings dann nicht, wenn sie zwar auf deutscher Seite gekämpft, aber den Streitkräften eines im Krieg mit Deutschland verbündeten Staates oder anderen, selbständige Ziele verfolgenden ausländischen Militäreinheiten angehört haben. Solche Beschädigten sind von ihrem Heimatstaat zu versorgen. Das BVG begrenzt seinen Verantwortungsbereich auf Angehörige der deutschen Militärmacht. Dazu gehörte der als Angehöriger der 19. Waffen-Grenadier-Division der SS im März 1945 kriegsverletzte Kläger.
3. Ob ihm nach der Schwere der Schädigungsfolgen Leistungen zu gewähren sind und ob es in seiner Person wichtige Gründe gibt, etwa zustehende Leistungen nach dem BVG ganz oder teilweise zu versagen, wird im weiteren Verfahren zu prüfen sein. Eine Versagungsmöglichkeit besteht für Berechtigte mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb Deutschlands seit jeher, während § 1a BVG dies für das Inland erst bei Berechtigten vorsieht, die nach dem 13. November 1997 Leistungen beantragt haben.

Vorgehende Entscheidungen:

SG Stuttgart – S 7 V 2291/95 – und LSG Baden-Württemberg – L 8 V 2541/96.

Die Urteile, die ohne mündliche Verhandlung ergehen, werden nicht in der Sitzung verkündet. Sofern die Ergebnisse von allgemeinem Interesse sind, erscheint ein Nachtrag zur Pressemitteilung nach Zustellung der Urteile an die Beteiligten.

Weitere Informationen zu diesem Fall sind im Internet zu finden unter Bundessozialgericht, Pressemitteilungen Nr. 84/1998 vom 18.11. bzw. 14.12.1998:

<http://www.jura.uni-sb.de/Entscheidungen/pressem98/BSG/pv84-98.htm>
<http://www.jura.uni-sb.de/Entscheidungen/pressem98/BSG/pm84-98.htm>



17.05.1999

Verharmlosung der Kollaboration mit den Nazis im Baltikum:

Deutsche Wissenschaftler als Werkzeug des Revisionismus

Das Zentrum Europäischer Integration (ZEI) in Bonn veranstaltete am Freitag letzter Woche eine Konferenz über das Verhältnis der Baltischen Republiken zu Deutschland und den Vereinigten Staaten. Mehr oder weniger gehaltvolle Bei-

träge beschäftigten sich mit der Sehnsucht Litauens, Lettlands und Estlands in die Europäische Union und die Nato aufgenommen zu werden.

Estland ist bekanntlich hier am weitesten, befindet sich mit fünf anderen Kandidaten in konkreten Verhandlungen. ZEI bemüht sich darum, die nordische Dimension der EU zu betonen. Die Präsidentschaft Finnlands in der zweiten Hälfte von 1999 wird von den Balten zurecht als Chance gesehen, die EU-Integration voranzutreiben.

Leider wieder mit manch falschen Freunden. Auf eine Anfrage an den litauischen Vizeausenminister nach der gescheiterten Auseinandersetzung der litauischen Justiz mit Nazikriegsverbrechern gab es die üblichen Ausflüchte. Mit Hinweis auf den mangelnden Gesundheitszustand der Angeklagten Lileikis und Gimzauskas beschwichtigte der Vizeminister und glaubte anscheinend dies wäre der Auseinandersetzung mit der Geschichte genug.

Der estnische Ausenminister Illves stellte die Historikerkommission zur Erforschung der Vergangenheit als Mittel der Auseinandersetzung seines Landes mit der Vergangenheit vor. Die Teilnahme von Leuten des American Jewish Comitee wurde von Illves besonders betont (zur estnischen Historikerkommission in den nächsten Wochen mehr).

Der anwesende lettische Ausenminister Valdis Birkavs wiederholte stereotyp auf die Frage nach der Einstellung der lettischen Regierung zu den SS-Veteranen, die bekanntlich am 16.März wieder durch Riga marschierten, die Legion wäre im Jahre 1943 zusammengestellt worden, die US-Behörden hätten die Einheit der Waffen SS (Birkavs betonte WAFFEN...) wäre nach dem Krieg von US-Behörden nicht als verbrecherische Organisation eingestuft worden. „Es sind eben Leute, die sich ihrer Jugend erinnern“, so Birkavs verhamlosend. Die Frage nach dem SS-Veteranentag, der im letzten Jahr zum Soldatentag erklärt wurde, beantwortete Birkavs gar nicht erst. Eine letzte Frage des Autors: „Würden Sie den SS-Veteranen die Hand schütteln“ wurde vom Moderator des ZEI unterbrochen. Die Begründung: „Es ist nicht das Thema heute!“

Der Moderator Herr Kühnhardt ist wohl nicht über 40 US-Kongressabgeordnete informiert, die in einer Petition Litauen zur Anklage gegen Aleksandras Lileikis aufforderten. Mehrere Erklärungen des US-Justizministeriums sind dem Schönredner des ZEI anscheinend verborgen geblieben.

Finanziert der deutsche Steuerzahler und die Europäische Union Geschichtsverdrängung? Wird die nicht stattfindende Auseinandersetzung mit der Nazikollaboration von offiziellen Stellen gefördert, denen die ZEI Gedankenfutter liefert?

SPIEGEL ONLINE 09.12.2002

BALTIKUM

Schleppende Aufklärung

Die Kopfgeldjagd des Simon Wiesenthal Center auf Nazi-Mörder aus den baltischen Staaten hat erste Erfolge gebracht: Die Staatsanwaltschaft in Litauen erhielt Hinweise, die zu zwei Ermittlungsverfahren führten. Es soll geklärt werden, inwieweit litauische Kollaborateure an der Ermordung von mehr als 1.000 Juden in Seirijai und Gargzdai während des Zweiten Weltkriegs beteiligt waren. Im Sommer hatte das Simon Wiesenthal Center 10.000 Dollar Belohnung für Hinweise ausgelobt, die zur Verurteilung baltischer Holocaust-Täter führen. Daraufhin erhielten die Nazi-Jäger die Namen von mehr als 60 Verdächtigen. Jetzt wird geklärt, wer davon noch am Leben ist.

Die Nationalsozialisten hatten im Zweiten Weltkrieg rund 300.000 litauische, lettische und estnische Juden ermordet. Hitlers Schergen konnten sich dabei auf die Mitarbeit vieler Balten verlassen, die zum Beispiel als Hilfspolizisten am Massenmord teilnahmen. Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 wurde nirgends im Baltikum auch nur ein Kriegsverbrecher bestraft. Trotz der jetzt startenden Verfahren sei die litauische, lettische und estnische Öffentlichkeit kaum bereit, sich der Vergangenheit zu stellen, kritisiert Efraim Zuroff vom Simon Wiesenthal Center: "Wer an die Verstrickung in Nazi-Massaker erinnert, gilt als Nervensäge. Der politische Wille aufzuklären fehlt."



H|SOZ|U|KULT 16.12.2003

„Kollaboration“ – im Spannungsfeld von Nation und (Fremd)Herrschaft

Tagungsbericht „Kollaboration“ – im Spannungsfeld von Nation und (Fremd) Herrschaft. Lüneburg 13.11.2003

Bericht von: Markus Krzoska, Freie Universität Berlin

Den Erscheinungsformen von Fremdherrschaft und Kollaboration in Nordosteuropa in den Jahren 1900 bis 1950 war eine Tagung gewidmet, die das Nordost-Institut Lüneburg vom 13. bis 16. November 2003 in Lüneburg veranstaltete. In insgesamt 22 Referaten ging man unter anderem der Frage nach, wie und ob man den belasteten Begriff der Kollaboration verwenden sollte bzw. welche Formen die Zusammenarbeit mit einer fremden Macht im behandelten Zeitraum angenommen hat.

In seiner Einleitung stellte Joachim Tauber (Nordost-Institut Lüneburg) zur Diskussion, ob man Kollaboration, einen Begriff, der von seiner Entstehung her ganz eindeutig auf Marschall Pétain und die Zusammenarbeit mit den Deutschen zurückgeht, als historiographische Kategorie oder als politisches Schlagwort verstehen solle. Der in Frankreich vorherrschende Mythos des Widerstands habe die Erforschung des Alltags lange Zeit behindert. Tauber nannte verschiedene Erklärungsmodelle des Begriffes, die er insbesondere mit den Namen Werner Röhr und Hans Lemberg verband. Ziel des Kollaborateurs sei es gewesen, einen Statuswechsel hin zur Gleichberechtigung zu erlangen. Dabei hätten die Ziele beider beteiligter Seiten teilidentisch, aber auch klare Diskrepanzen vorhanden sein müssen. Zugleich müsse man Kollaboration immer in engem Zusammenhang mit dem Nationalismus sehen, eine These, die angesichts der Existenz dieses Phänomens durch die gesamte Menschheitsgeschichte von einigen Tagungsteilnehmern später immer wieder in Frage gestellt wurde.

Leonidas Donskis (Kaunas) widmete sich in seinem Referat dem Konzept der Kollaboration im Litauen des 20. Jahrhunderts und untersuchte diese ideengeschichtlich mit Hilfe der Begriffe Loyalität, Verrat und Dissens, die er als Symbole der säkularen Welt verstand. Er unterschied zwischen einem konservativen Nationalismus, in dem es keine Wahlmöglichkeiten gebe, und einem liberalen Nationalismus, in dem es geradezu eine Pflicht sei, die eigene Gemeinschaft zu kritisieren. Im Baltikum habe angesichts der historischen Entwicklung „kulturelle Widerständigkeit“ eine große Bedeutung gehabt, vor allem, um die eigenen bedrohten Sprachen vor Russen, Deutschen, teilweise auch Polen zu schützen. Eine klare Definition von Kollaboration sei im heutigen Litauen nicht vorhanden, es habe aber immer ideologische Unterschiede im Verhalten gegenüber den Machthabern gegeben, wie Donskis am Beispiel des

systemkritischen Intellektuellen Tomas Venclova und des Philosophen Aleksandras Stomas zeigte.

Werner Röhr (Berlin) stellte dagegen eher methodologische Überlegungen zum Kollaborationsbegriff an. Er plädierte für eine enge Begrenzung auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges, insbesondere auf die deutsche Besatzungspolitik in Europa, und konstatierte, man könne über eine Ausweitung auf den Ersten Weltkrieg nachdenken. Der reaktive Charakter der Kollaboration müsse ebenso bedacht werden wie der juristische Aspekt, dass die Haager Landkriegsordnung die Zusammenarbeit mit dem Besatzer vorsehe, was natürlich keine Unterstützung von deren Zielen bedeute. Als eine weitere Kategorie verwandte Röhr die des Agenten. Typisch für die Kollaboration sei die Bedeutung der traditionellen Eliten und eine Gewichtsverschiebung mit dem Kriegsverlauf.

Der Ablauf der Tagung zeigte Unterschiede in der nationalen Betrachtung von Kollaboration. Während vor allem die litauischen Wissenschaftler sich relativ offen auch für unangenehme Wahrheiten zeigten, lebte der Konflikt zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern, der sich schon in der Jedwabne-Debatte gezeigt hatte, zum Teil wieder auf. Auslöser war das Referat von Klaus-Peter Friedrich (Marburg), der über polnische und jüdische Kollaboration im Spiegel der Presse sprach, sich dabei aber vor allem auf die polnische Rechtspresse und deren zum Teil eindeutig antisemitischen Ausfälle konzentrierte. Die Kritik an diesem Vortrag, vor allem von Seiten Tomasz Szarotas (Warschau) und Piotr Madajczyks (Warschau), erschien wegen Friedrichs Quellenauswahl zwar zum Teil berechtigt, zeugte aber auch von einer geringen Sensibilität gegenüber der Kollaborationsproblematik.

Der Beitrag von Darius Staliunas (Vilnius) über russische „Kollaborationsangebote“ an nationale Gruppen im Nordwestgebiet nach 1863, das einzige Referat, das das 19. Jahrhundert zum Thema hatte, zeigte, dass man bestimmte Formen der Suche nach Verbündeten durchaus bereits früher ins Umfeld von Kollaboration einordnen konnte. Deutlich wurde jedoch, dass es für die Besatzer schwierig zu beurteilen war, wer sich loyal verhielt und wer nicht. Zwar griff die Bürokratie am liebsten auf Personen russischer Herkunft und orthodoxen Glaubens zurück, doch waren nationale und religiöse Aspekte nicht allein entscheidend. Radikal antideutsche oder antipolnische Kräfte konnten sich auf Dauer nicht durchsetzen. Der Vortrag von Otto Luchterhandt (Hamburg) löste dagegen mit seinem Vorschlag, den Kollaborationsbegriff auf das Verhältnis der Orthodoxen Kirche zum „ideologischen Feind“, dem Sowjetregime, anzuwenden, eine Grundsatzdiskussion aus. Das eindrucksvolle Referat von Vejas Gabriel Liulevicius (Knoxville) bewies, dass ordnungspolitische Vorstellungen, die man gemeinhin mit der NS-Besatzungspolitik nach 1939 in Verbindung bringt, im kolonialpolitischen Musterland Ober-Ost bereits im Ersten Weltkrieg vorhanden waren. Nach seinen Worten ist ein gewisser Grad an Selbstbewusstsein und nation-building die Voraussetzung für Kollaboration. So hielt die Verwaltung von Ober-Ost die einheimische Bevölkerung für partiell kollaborationsfähig, die Erwartungshorizonte beider Seiten waren aber völlig unterschiedlich: hier der Wunsch nach politischer Mitbestimmung, dort die verbreitete Hoffnung auf eine deutsche Umgestaltung des Ostens. In Bezug auf die deutsche Besatzung in der Region Odessa am Ende des Ersten Weltkrieges lehnte Dr. Alfred Einfeld (Göttingen) das Konzept der Kollaboration eher ab. Es sei den Vertretern der Minderheit in erster Linie um das Ausloten von Möglichkeiten zur Überlebenssicherung gegangen. Das Aufstellen eines Selbstschutzes sei eine legale Maßnahme gewesen, der Kampf der Bolsheviki dagegen illegitim, womit der Referent einen weiteren Aspekt der Debatte thematisierte, den der Legitimität von Zusammenarbeit. Dieser Frage ging auch Iskander Giljazov (Kazan) am Beispiel des Verhaltens der Turkvölker der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges nach. Ihre Situation stellte einen Sonderfall dar, da es in deren Siedlungsgebiet damals keine deutsche Besatzung gab und die Kriegshandlungen weit entfernt waren. Seine Unterscheidung zwischen Materialisten, Opportunisten und Idealisten könnte jedoch durchaus auch für andere Fälle der Kollaboration angewandt werden.

Vladimir Iljic Lenin musste sich über Legitimität keine Gedanken machen, wie Leonid Luks (Eichstätt) zeigte. Seine Kollaboration mit den Deutschen während des Krieges war kein Geheimnis, unter den Revolutionären galt jedoch ein differenter Ehrenkodex, gestützt auf den nationalen Nihilismus der Unterschichten. Zwanzig Jahre später scheiterte Andrej Vlasov mit einem ähnlichen Konzept an den gänzlich anderen Verhältnissen: die deutsche Besatzungspolitik war radikaler und bedrohte das russische Volk in seiner Existenz, so dass Stalin die Arbeiter dazu bewegen konnte, nationales Gedankengut zu übernehmen. Vlasov blieb somit – wie Matthias Schröder (Münster) zeigen konnte – wie Pétain oder Quisling ein Prototyp des Kollaborateurs, der lediglich im antikommunistischen Milieu Deutschlands zeitweise zum Helden verklärt wurde. Eine ähnliche Bewertung galt bis in die jüngste Zeit auch in der Tschechischen Republik bei der Bewertung der Protektorsregierung. Detlef Brandes (Düsseldorf) erläuterte in seinem Referat verschiedene Phasen der Zusammenarbeit, die er mit Attentismus, Aktivismus und Faschismus bezeichnete, lehnte die Formulierung der Staatskollaboration aber ab, da keiner der Beteiligten auf einen deutschen Sieg gehofft oder eine nationale Revolution angestrebt habe.

Als eine wichtige Grundlage von Kollaboration wurde im Laufe der Tagung ein verbreiteter Defätismus in der Bevölkerung benannt, dem die längerfristige Erwartung fremder Herrschaft vorausgehen konnte. Die Fronten waren aber bei weitem nicht konstant, wie Saulius Suzedėlis (Millersville) bemerkte. So entwickelte sich eine Gruppe litauischer Nationalsozialisten zu massiven Gegnern der deutschen Besatzung, als sie die veränderten militärischen und politischen Gegebenheiten erkannten. Der Referent sprach deshalb auch von Kollaboration als einer „Zusammenarbeit unter Vorbehalt“, einem der zahlreichen Versuche während der Tagung, über andere Begriffe nachzudenken. Es war frei nach Czeslaw Milosz die Rede vom „ketman“-Prinzip, also der Trennung von Denken und Handeln, oder in Anlehnung an Adam Mickiewicz vom „Wallenrodismus“ (Egidijus Aleksandravicius, Kaunas), ohne dass man auf das Wort Kollaboration letztlich verzichten wollte. Lediglich Christoph Dieckmann (Frankfurt/Main) vertrat in seinem erfrischenden Vortrag die Meinung, der Begriff sei „verbrannt“. Eine Historisierung sei nun notwendig, denn für die Gegenwart besitze er keinerlei Erkenntniswert. Das Phänomen als solches sei gerade im Osten während des Zweiten Weltkrieges von großer Bedeutung gewesen, waren doch die Deutschen etwa in Litauen oder der Ukraine durchaus auf Unterstützung von Einheimischen angewiesen. In Litauen nahmen sie 80-90% der Stellen in Verwaltung und Polizei ein, ohne de iure Entscheidungskompetenzen zu besitzen. Die Shoah an den litauischen Juden fand unter tatkräftiger Mitwirkung lokaler Kräfte statt, u. a. aus der Überlegung heraus, dass die Folgen der Besatzung für die ethnischen Litauer auf Kosten der Nicht-Litauer möglichst gering gehalten werden sollten. Eine Reihe von Beteiligten am Massenmord von 1941 wurde zwei Jahre später wegen ihrer nationalen Positionen zu deutschen KZ-Häftlingen. Ohne den entscheidenden deutschen Einfluss wäre aus litauischen Vertreibungsutopien nie ein organisierter Judenmord geworden. Die Rolle der Einheimischen untersuchte auch Martin Dean (Washington) in seinem Beitrag über die einheimische Hilfspolizei als „Idealtyp“ der Kollaborateure.

In dem der Abschlussdiskussion vorausgehenden zusammenfassenden Schlussstatement versuchte Gerhard Hirschfeld (Stuttgart) eine Bilanz der Tagung zu ziehen. Er schlug eine Festlegung des Untersuchungszeitraums auf die Zeit von 1914 bis 1945 vor und verband diese mit dem Konzept des totalen Krieges, der Kollaboration erst möglich gemacht habe. Unter Würdigung nationaler und kultureller sowie historiographischer Unterschiede könne eine Historisierung des Begriffes gelingen. Man müsse freilich stets zwischen semantischem, historischem und publizistischem Diskurs trennen. Die Zusammenarbeit mit den Besatzern impliziere eine Umwandlung der Feindbilder, neue Trennlinien innerhalb einer Gesellschaft müssten gezogen werden.

Wenn man einmal davon absieht, dass einige Aspekte während der Tagung etwas zu kurz kamen, z.B. die Frage nach den ökonomischen Gründen für Kollaboration oder ihre Lang-

zeitwirkung auf die betroffenen Gesellschaften, gingen von der Veranstaltung eine Reihe von Impulsen aus, die nicht zuletzt von der internationalen Zusammensetzung der Referenten aus sieben Ländern und der erfreulichen Diskussionskultur herrührten.

SPIEGEL ONLINE

SPIEGEL SPECIAL 2/2005 – 30.03.2005

Die Multi-Kulti-Truppe

Russen, Turkmenen, Inder – fast jeder zehnte Soldat in Hitlers Armeen war kein Deutscher. Viele meldeten sich freiwillig, die meisten wurden gezwungen, an der Seite der Nazis zu kämpfen.

Von Jan Puhl

Im Vorgarten hat Leo Tammiksaar eine Haubitze in Stellung gebracht, auf dem Dach des Hauses im estnischen Pärnu ragen die Läufe einer Flugabwehrkanone in den Himmel. Gerade ist aus Libyen eine Lieferung mit Maschinengewehren eingetroffen – Erinnerungsstücke an das Afrikakorps.

Tammiksaar betreibt das wohl einzige SS-Museum in der Europäischen Union. Uniformteile, Waffen, Dokumente, Orden, Fotos – in dieser obskuren Privatsammlung ist alles zu finden, was die Erinnerung an die estnischen SS-Angehörigen wachhält.

Für Tammiksaar sind diese Männer Helden, die Estland vor allem gegen den Bolschewismus verteidigen wollten – und viele Esten teilen diese Meinung. So hat die Regierung in Tallinn vor zwei Jahren zwar das Denkmal eines estnischen SS-Mannes, das Tammiksaar kurz zuvor unter großer öffentlicher Anteilnahme in Pärnu enthüllt hatte, abräumen lassen, um den EU-Beitritt des Landes nicht zu gefährden. Doch inzwischen ist das Bronzerelief in dem kleinen Flecken Lihula wieder zu besichtigen. Nur die SS-Runen am Helm wurden abgefeilt.

Monument und Museum verharmlosen ein besonders düsteres Kapitel estnischer Geschichte. Rund 100.000 Esten dienten im Zweiten Weltkrieg den Deutschen, etwa ein Fünftel davon freiwillig. Viele von ihnen gehörten der Waffen-SS an, etliche wirkten an der Ermordung der baltischen Juden mit.

Und die Esten sind nicht die einzigen Ausländer, die unter der Hakenkreuzfahne in den Krieg zogen und sich an den Verbrechen der Nationalsozialisten beteiligten: Niederländer, Flamen, Skandinavier, Russen, Kosaken, Kroaten, muslimische Bosniaken, Serben, Franzosen und Italiener, selbst Kalmyken, Inder und Turkmenen – bis zu zwei Millionen Männer und Frauen dienten in bewaffneten deutschen Verbänden, viele von ihnen als willige Helfer, andere gezwungenermaßen.

Besonders die Waffen-SS hatte schon 1941 zu wenig Personal. Die Lücken versuchte man zunächst mit deutschstämmigen Minderheiten aus den besetzten Ländern zu schließen.

So unterstützten Tausende Angehörige der „deutschen Volksgruppe“ 1941 in irregulären Verbänden den Vormarsch der Wehrmacht auf dem Balkan. Viele dieser „Donauschwaben“ wurden später in die SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“ aufgenommen, die im Rahmen der Partisanenbekämpfung Massaker an jugoslawischen Zivilisten beging.

In anderen Gegenden, etwa im besetzten Elsass und in Lothringen, zog die Wehrmacht zwischen 1942 und 1944 130.000 junge „Volksdeutsche“ zwangsweise ein.

Der Personalmangel bei Wehrmacht und SS verschärfte sich, nachdem die Deutschen 1941 die Sowjetunion überfallen hatten. Die Waffen-SS, die gerade dabei war, sich von einem eli-

tären Orden in eine Massenarmee zu entwickeln, zollte ihrem Wahn von der „rassischen Reinheit“ Tribut und versuchte vor allem „germanische“ Völker wie Niederländer, Flamen und Skandinavier zu rekrutieren.

„Wir müssen alles nordische Blut der Welt zu uns heranholen, es unseren Feinden entziehen, auf dass niemals wieder nordisches oder germanisches Blut gegen uns kämpft“, fabulierte der Reichsführer-SS Heinrich Himmler 1941. Das verquere Ansinnen fand Widerhall. Einige zehntausend Skandinavier und Niederländer – zumeist Anhänger rechter oder faschistischer Parteien – meldeten sich für die Schlacht gegen Stalin.

In den eroberten Ostgebieten mobilisierte der „Kampf gegen den Bolschewismus“ vor allem Balten. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 waren Litauen, Lettland und Estland in den sowjetischen Einflussbereich gefallen. Nachdem die Rote Armee 1940 dort einmarschiert war, begannen blutige „Säuberungen“: Die sowjetische Geheimpolizei NKWD ließ – unter tätiger Mithilfe baltischer Kommunisten – Zehntausende Angehörige der „Intelligenz“ und des Bürgertums nach Sibirien deportieren. Viele starben. Das Wüten der roten Besatzer ließ vielen die Wehrmacht, die 1941 die Sowjetarmee vertrieb, als Befreier erscheinen.

Die Deutschen setzten die Freiwilligen zunächst vor allem als Hilfskräfte für die Polizei und bei den Einsatzgruppen ein. Dort wirkten sie an der Ermordung von 250.000 baltischen Juden mit. Besonders berüchtigt war die lettische Brigade unter dem Kommando Victor Araj's.

Doch bald schon standen nicht mehr genügend Freiwillige zur Verfügung. Wehrmacht und SS mussten immer häufiger Zwang bei der Rekrutierung anwenden. Unter den rund 250.000 Balten, die seit 1943 den Deutschen dienten, waren Freiwillige in der Minderzahl.

Die Parole vom Kampf gegen den Bolschewismus verfiel auch bei Ukrainern, Armeniern, Georgiern, Aserbaidschanern und Turkmenen. Unter ihrem „Obersten Feldataman“, dem deutschen General Helmuth von Pannwitz, ritten bis zu 40.000 Kosaken für Hitler.

Viele der ausländischen Kämpfer aus dem Osten Europas und dem Kaukasus hofften, ausgerechnet an der Seite der deutschen „Herrenmenschen“, die in diesem Krieg eigentlich danach trachteten, sie zu versklaven, Autonomierechte oder sogar die Unabhängigkeit für ihre Nation zu erkämpfen.

Der Pakt mit dem Teufel, den die Ausländer in Hitlers Armee eingegangen waren, zahlte sich für sie jedoch nicht aus. Der „Führer“ hütete sich, irgendwelche territorialen Zusagen zu machen. Er wollte bei der Neuordnung in den eroberten Gebieten freie Hand haben. Hinzu kam, dass Hitler die fremdländischen Kämpfer verachtete. „Man hat da gar kein Ehrgefühl. Jeden Schlucker steckt man in deutsche Uniformen hinein. Ich war immer dagegen“, wütete er in einer seiner berüchtigten Tiraden im Januar 1945.

Besonders sträubte sich der Diktator gegen die Aufstellung einer russischen Hilfstruppe. Im Sommer 1942 war der Wehrmacht der General Andrej Wlassow in die Hände gefallen – vermeintlich ein Glücksfall, denn Wlassow galt als militärisches Ausnahmetalent. Er hatte sich bei der Verteidigung Moskaus Verdienste erworben – aber er hasste Stalin. Nun bekam er den Auftrag, eine russische Hilfsarmee aufzubauen.

Neben Freiwilligen sollten dafür vor allem russische Kriegsgefangene eingesetzt werden. Für die deutschen Strategen hatte das zwei Vorteile: Es gab viele von ihnen – zeitweise über eine Million –, und die meisten zogen den Kampf auf der Seite der Deutschen einem Hungertod in einem Lager vor. Auch andere Verbände im Osten waren von Kriegsgefangenen schon entscheidend verstärkt worden.

Zu den Fürsprechern des Projekts einer „Russischen Befreiungsarmee“ gehörten auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg und andere Männer aus dem Widerstand gegen Hitler. Denn den Verschwörern des 20. Juli 1944 schwebte ein Friedensschluss nur mit dem Westen vor, der Krieg gegen Stalin sollte weitergehen. Stauffenberg war der Meinung, dass der östliche

Diktator nur durch einen Schlag „innerhalb des russischen Reiches, von Russen selbst“ ausgeführt, bezwungen werden könnte.

Doch Hitler wollte von einer derartigen Hilfstruppe nichts wissen. Also wurde das Projekt verfolgt, ohne den Diktator darüber genau zu informieren. Als die „Befreiungsarmee“ von rund 50 000 Mann schließlich Anfang 1945 bewaffnet war, kam sie nur kurz zum Einsatz. Wlassow fiel in die Hände der Roten Armee und wurde 1946 in Moskau gehängt.

Die Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Wlassow-Truppen sind nicht typisch für Hitlers Umgang mit den fremden Heeren. Wenn es strategisch geboten schien, konnte der Diktator auch ausgesprochen pragmatisch mit seinen „rassischen Bedenken“ umgehen. So ließ er 1943 bosnische Muslime bewaffnen. Sogar Imame durften des „Führers“ islamische Kämpfer für ihre Religionsausübung anheuern.

Traurige Berühmtheit erlangte die SS-Division „Handschar“, die überwiegend aus Muslimen bestand und vor allem gegen Titos Partisanen auf dem Balkan eingesetzt wurde. „Sie bringen mit dem Messer um. Manchmal schneiden sie auch das Herz heraus“, schilderte voller Bewunderung der SS-Führer Hermann Fegelein, selbst ein Kriegsverbrecher, die Brutalität der „Handschar“-Männer.

Hitler verfolgte mit der Bewaffnung von Muslimen in Bosnien, im Kaukasus und aus Turkestan auch ein geopolitisches Ziel. Deutschland sollte unter Menschen islamischen Glaubens als Schutzmacht gelten – gegen das britische Empire, das den arabischen Raum beherrschte.

Um den britischen Einfluss in der Kolonie Indien zu schwächen, ließ die Wehrmacht sogar eine „Legion Freies Indien“ aufstellen. Mit Hilfe des Geheimdienstes und des russischen NKWD gelangte im April 1941 – noch waren Hitler und Stalin verbündet – der Nationalistenführer Subhas Chandra Bose aus Kalkutta nach Deutschland. Der Unabhängigkeitspolitiker war – anders als sein Landsmann Mahatma Gandhi – bereit, den Kampf gegen die Kolonialmacht auch mit Gewalt zu führen.

3100 Inder, die meisten von ihnen Kriegsgefangene, die zuvor bei den britischen Truppen in Afrika gedient hatten, wurden 1942 bei Torgau und Königsbrück trainiert. Sie durften Turbane tragen, Hindi war die Befehlssprache. Doch sie unterstanden – und das galt für alle „fremdvölkischen“ Einheiten – immer deutschem Oberbefehl. Wehrmachtsoffiziere und SS-Führer besorgten die Ausbildung und besetzten die militärischen Schlüsselpositionen.

Sehr zum Unmut ihrer Mitglieder wurde die indische Legion nicht auf den südöstlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt, sondern musste einen Strandabschnitt bei Bordeaux bewachen. Nach dem militärischen Zusammenbruch des Reichs gerieten die Überlebenden in alliierte Gefangenschaft.

Auch anderswo wurde die Lage der ausländischen Truppen zusehends prekärer, je klarer die deutsche Niederlage sich abzeichnete. Sie waren schlechter ausgerüstet und ausgebildet als die deutschen Verbände und wurden oftmals nur noch als Kanonenfutter verheizt. Entsprechend hoch waren ihre Verluste.

Aber in ihre Heimatländer konnten sie auch nicht zurückkehren, denn dort erwarteten sie meist hohe Strafen wegen Kollaboration mit den Deutschen. Tausende kämpften deshalb verzweifelt in den letzten Kriegstagen auf deutscher Seite.

Von den rund 15.000 Franzosen, die sich Deutschland unter dem Vichy-Regime für den Kampf „contre le Bolchesvisme“ zur Verfügung gestellt hatten, waren in der Schlacht um Berlin noch einige hundert dabei.

Und so verlieh Hitler ausgerechnet drei französischen Landsern die letzten Ritterkreuze des Zweiten Weltkriegs. Einen SS-Mann, der sich in Zivil aus dem Staub zu machen versuchte, brüllte der Diktator an: „Schämen Sie sich nicht, in Bettlerkleidern zu flüchten, während unsere Feinde von damals uns verteidigen.“

Baltische Feindbilder

Die vermeintliche Okkupation: Vor 65 Jahren wurde in den Ostseerepubliken Estland, Lettland und Litauen die Sowjetmacht (wieder)errichtet

Von Peter Rau

Im Sommer 1940 erhielt die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Zuwachs. Anfang August wurden die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen nach entsprechenden Anträgen als 14., 15. und 16. Sowjetrepublik in den fünf Jahre nach der Oktoberrevolution von 1917 gegründeten Staatenbund aufgenommen. In den seit 1918/1920 unabhängigen, bürgerlich bis autoritär regierten Ländern waren im Juni/Juli die Herrschenden entmachtet und Sowjetrepubliken proklamiert worden.

Merkwürdiger Unterschied

Nahezu 15 Jahre nach dem Zerfall der UdSSR an Sowjetrepubliken zu erinnern, scheint auf den ersten Blick abwegig zu sein. Doch gerade die drei baltischen Ostseerepubliken, vor gut einem Jahr mit ziemlichem Brimborium in die westlichen Bündnissysteme NATO und EU aufgenommen, beweisen das Gegenteil; dort spielt das Geschehen vor 65 Jahren bis in die Gegenwart hinein eine enorme und im negativen Sinne staatstragende Rolle. Das Selbstverständnis der nun in Riga, Vilnius und Tallinn herrschenden Eliten kennt nämlich nur einen Unterschied zwischen Sowjetmacht und faschistischer Okkupation: Letztere währte nur drei Jahre ... Eine solche Lesart der Geschichte fordert Widerspruch geradezu heraus.

Die allenthalben betriebene Verteufelung sozialistischer Vergangenheiten treibt im Falle des Baltikums höchst merkwürdige Blüten, wenn es um dessen Sowjetzeit, namentlich auch um die Vorgänge von 1940 geht. Demzufolge wurde Estland etwa »von der Roten Armee besetzt und in die UdSSR eingegliedert. Danach begann die Zeit der Enteignung von Industrie und Landwirtschaft ...« Oder: »Als Folge des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 wird Estland durch die Sowjetunion annektiert.« So ist es auf einer deutschsprachigen Internetseite zu lesen. Für Litauen spricht dessen Botschaft in der BRD u. a. von »Fremdherrschaft«, wahlweise auch von »Annexion«. In der Länderinformation des Auswärtiges Amtes heißt es für 1940 »erzwungener Anschluß Lettlands an die Sowjetunion« und in aktuellen deutschen Lexika, daß die Sowjetunion »von Lettland den Abschluß eines Beistandspaktes erzwang und dieses am 5. August 1940 als Lett(ische) SSR ihrem Territorium einverleibte«. Der Marco-Polo-Reiseführer »Baltikum« verweist unter Hinweis auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und dessen geheimes Zusatzprotokoll von August bzw. September 1939 für 1940 auf den »Einmarsch sowjetischer Truppen«. Auch laut Reisehandbuch der Edition Temmen vollzog Stalin lediglich eine »Annexion der baltischen Staaten«.

Wahlen mit Rückendeckung

Tatsache ist jedoch: Im Angesicht drohender Kriegsgefahren hatten alle drei Republiken noch 1939 mit der UdSSR Beistandspakte abgeschlossen und den sowjetischen Truppen Stützpunkte auf ihren Territorien zugebilligt. Mit den Rotarmisten im Rücken kam es im Sommer 1940 zu Massenstreiks und Demonstrationen gegen die Regierungen und schließlich zu Wahlen. In Estland siegte dabei ein von der nunmehr legal wirkenden KP geführtes breites Bündnis, die

»Union des werktätigen Volkes«. Die neue Staatsduma proklamierte am 21. Juli die Sozialistische Sowjetrepublik Estland und beschloß am folgenden Tag eine Deklaration über den Beitritt zur UdSSR. Deren Oberster Sowjet kam diesem Gesuch am 6. August nach.

In Lettland führten Massenproteste im Juni 1940 zum Sturz des profaschistischen Ulmanis-Regimes, das sich bis dahin geweigert hatte, dem Vertrag mit der Sowjetunion zu entsprechen. Aus Neuwahlen zum Volkssejm ging ein »Block des werktätigen Volkes« als Sieger hervor; auch hier wurde am 21. Juli die Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen, die am 5. August in die UdSSR aufgenommen wurde. Mitte Juli kam es auch in Litauen, nachdem sich Diktator Smetona ins Ausland – nach Deutschland (!) – abgesetzt hatte, zu Wahlen, die den »Bund des werktätigen Volkes«, vorn sah, der – man ahnt die lenkende Hand Moskaus – im Volksseimas gleichfalls am 21. Juli die Sowjetmacht ausrief und die Aufnahme in die Sowjetunion beantragte.

Das alles kommt jedoch bei der bürgerlichen Historikerzunft kaum vor – und wenn, dann mit dem für bürgerliche Demokratien typischen Meinungsdiktat von wegen Scheinwahl, Wahlfälschung, Manipulation und so, wenn denn das Resultat nicht in den eigenen Kram paßt. Allerdings verschweigt man tunlichst, daß sowohl in Estland als auch in Lettland und Litauen nach der russischen Revolution noch 1917 bzw. 1918 bereits Sowjetrepubliken proklamiert worden waren. Die konnten sich jedoch im Bürgerkrieg gegen ausländische Interventen und einheimische Reaktion – die nannte das tatsächlich einen »Freiheitskrieg« – nicht behaupten. Das aber gab der UdSSR immerhin eine gewisse Berechtigung, für das Jahr 1940 von der Wiedererrichtung der Sowjetmacht zu sprechen. Sie hatte also neben militärstrategischen Erwägungen einen Grund mehr, im Zuge des Nichtangriffspaktes mit Hitlerdeutschland respektive des geheimen Zusatzprotokolls dort Handlungsbedarf anzumelden, sprich: Interessensphären geltend zu machen und eben der Wiedererrichtung der Sowjetmacht den Boden zu bereiten.

Daß dabei, wie schon angedeutet, sowjetischer Einfluß mit im Spiel war, steht außer Frage, allein das zeitliche Zusammentreffen spricht dafür. Dennoch wäre der weitgehend unblutige Systemwechsel ohne eine revolutionäre Massenbewegung in den drei Ländern kaum zu bewerkstelligen gewesen.

Allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, daß die UdSSR selbst die heutige antisowjetische Geschichtsklitterung begünstigt hat: sowohl durch die Geheimabsprachen mit der Hitlerdiktatur als auch und vielmehr durch die folgenden Massendeportationen, die nicht nur erklärte Feinde der Sowjetmacht betrafen. Sie waren allerdings weniger einem Nationalitätenzwist geschuldet, wie oft unterstellt wird; zu Recht erinnern Zeitzeugen immer wieder daran, daß stalinistischen Repressionen vor wie nach dem Krieg unionsweit Zigtausende Menschen zum Opfer fielen. Nach dem Krieg – die drei baltischen Republiken waren nach mehr als drei Jahren tatsächlicher – faschistischer – Okkupation von der Roten Armee im Herbst 1944 befreit worden – traf es hier jedoch in erster Linie die mit den Deutschen paktierenden Kollaborateure. Die hatten sich schließlich zu Zehntausenden der Waffen-SS, der Wehrmacht oder der Hilfspolizei angeschlossen und nicht nur bei der Judenvernichtung mit ihnen gemeinsame Sache gemacht, sondern zu großen Teilen sogar noch später als sogenannte Waldbrüder den Kampf gegen die Sowjetunion fortgesetzt.

Der in den vergangenen 15 Jahren in den baltischen Republiken zu beobachtende Umgang mit diesem Abschnitt ihrer Geschichte – stellvertretend seien Ehrungen für die Waffen-SS-Legionäre genannt oder die in diesem Jahr verweigerte Teilnahme an den Moskauer Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – läßt vermuten, aus welchen finsternen Quellen sich die antisowjetische Geschichtsschreibung tatsächlich speist.

Klassenkampf von oben

Das Gespenst des Kommunismus sorgt weiter für Verfolgungswahn

In dieser Woche tagt die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE). Am heutigen Mittwoch soll auf ihr u.a. über das bereits von der Politischen Kommission der PACE verabschiedete Papier »Die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime« beraten werden. Insbesondere kommunistische Parteien Europas organisieren dagegen Protestaktionen (jW berichtete). Im folgenden dokumentieren wir eine Stellungnahme von Herwig Lerouge, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) und Leiter ihrer Forschungsabteilung.

von Herwig Lerouge

Vor fünfzehn Jahren für tot erklärt, peinigt erneut das Gespenst des Kommunismus in Europa die Gemüter einiger Politiker. Am 24. Februar 2005 hatten sich die europäischen Justizminister vorgenommen, über eine gemeinsame Strategie gegen Antirassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu diskutieren. Das war für ein paar Europaabgeordnete von der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) aus ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas, darunter der frühere litauische Präsident Vytautas Landsbergis, die Gelegenheit, in ganz Europa das Verbot kommunistischer Symbole – Hammer, Sichel und roter Stern – zu fordern. »Wenn die Nazisymbole zu verbieten sind, dann aber auch die kommunistischen Symbole«, meinte der ungarische Vizepräsident der EVP, Josef Szafer.¹

Der EU-Kommissar Franco Frattini, Mitglied von Berlusconi's Partei, die in der italienischen Regierung mit den Faschisten verbündet ist, wurde dazu befragt. Er war der Meinung, daß eine Diskussion dieser Frage als einer Strategie gegen Rassismus »nicht der passende Rahmen« sei, um über kommunistische Symbole zu sprechen. Er ermunterte das Europaparlament, eine Debatte über diese Symbole zu organisieren sowie darüber, was diese für europäische Bürger bedeuten.²

Anläßlich des 60. Jahrestags der Befreiung Europas vom Faschismus verabschiedete das Europäische Parlament (EP) im Mai 2005 mit 463 gegen 49 Stimmen bei 33 Enthaltungen eine antikommunistische Entschließung. Die Initiative dazu kam von dem Christdemokraten Elmar Brock, dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des EP. Diese Entschließung nennt die Befreiung der Länder Osteuropas vom Nazifaschismus »Besatzung und Sowjetherrschaft« und »kommunistische Diktaturen«. Die Worte »Faschismus« und »Nazismus« kommen in der Entschließung nicht vor.³

Im Oktober 2005 versuchten nationale Parlamentsabgeordnete der EVP als Mitglieder des Politischen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), die Abstimmung über ein noch stärker antikommunistisches Memorandum durchzusetzen. Der Europarat wurde im Jahre 1949 gegründet. Heute gehören ihm als Mitgliedsstaaten 46 Länder an. Die Organisation hat alle Aktivitäten internationalen Charakters aufgegeben mit Ausnahme der »Bewertung des Prozesses der Demokratie und der Menschenrechte auf dem Kontinent«, und zwar mit der speziellen Orientierung, die sie von Anfang an verfolgt hat: Kampf gegen den Kommunismus.⁴

Drei Berichte sollen der PACE vorgelegt werden, der erste über »die Unannehmbarkeit der Rechtfertigung des Nazismus im gegenwärtigen Europa«, der zweite über »die Notwendigkeit einer internationalen Verurteilung des Franco-Regimes« und ein dritter über »die Verurtei-

lung der Verbrechen unter dem Kommunismus«.⁵ Der Text verlangt von der Versammlung, der Abgeordnete der Parlamente von 46 europäischen Ländern angehören, eine »unverzüglige« internationale Verurteilung des Kommunismus. Am 14. Dezember 2004 veranstaltete der Politische Ausschuß der PACE in Vorbereitung seines Berichts zu diesem Thema in Paris eine parlamentarische Anhörung. Unter den Teilnehmern befanden sich der Autor des »Schwarzbuchs des Kommunismus«, Stéphane Courtois, der frühere Dissident Vladimir Bukovsky und Tommas Hiio von der »Estnischen Stiftung zur Untersuchung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. (Siehe unten)

Eine »Einführung« in die Tagesordnung des Hearings beschreibt die Ziele der Organisatoren: »Es ist an der Zeit, eine Bestandsaufnahme der zahlreichen Verbrechen des totalitären Kommunismus in der Vergangenheit vorzunehmen und diese formell zu verurteilen. Wenn wir dies unterlassen, könnte eine illusorische Nostalgie im Bewußtsein junger Generationen entstehen, die in diesem Regime einen möglichen Ersatz für die liberale Demokratie sehen könnten.«⁶

In dieser Einführung wird nicht allein der Kommunismus anvisiert, sondern auch der »Klassenkampf«. Wörtlich heißt es im Memorandum der PACE: » der Kommunismus wurde aus der Theorie des Klassenkampfes geboren.« Aufgrund von Protesten wurde die Diskussion über das Projekt verschoben.

Kommunistenverfolgung

Im übrigen ist die Verfolgung von Kommunisten eine harte Realität. In verschiedenen neuen Mitgliedsländern der EU gibt es Verbote gegen die Förderung kommunistischer Ideale und gegen Symbole der internationalen Arbeiterbewegung. In Ländern wie Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und der Türkei sind kommunistische Parteien gesetzlich verboten oder mit unüberwindbaren Hindernissen ihrer legalen Aktivitäten konfrontiert. In Ungarn und der Tschechischen Republik ist die Verwendung sozialistischer Symbole per Gesetz verboten und strafbar. Mikolas Bourakiavitsius, der Vorsitzende der Litauischen Kommunistischen Partei und sein Genosse Yiouozas Kouolelis sind aus politischen Gründen seit zehn Jahren im Gefängnis. Der deutsche Sozialdemokrat Günter Verheugen, vormals Kommissar für die Erweiterung der EU, meint, dieser Zustand sei völlig im Einklang mit europäischen demokratischen Werten. Während eines Wortwechsels im Politischen Ausschuß des EP am 30. September 2003 gab er zur Antwort: »Nach allem, was diese Bevölkerungen unter dem Kommunismus durchmachen mußten, würde ich, wenn ich Bürger dieser Länder wäre, auch das Verbot kommunistischer Parteien fordern.«⁷

Nach mehreren Tagen Haft steht Sean Garland, der Vorsitzende der Arbeiterpartei Irlands, in Nordirland unter Hausarrest und ist ohne irgendeine spezifische Anklage von Auslieferung an die Vereinigten Staaten bedroht.

Der Gründer der Kommunistischen Partei der Philippinen, José Maria Sison, flüchtete in die Niederlande, und man bedroht ihn mit Auslieferung an die Philippinen oder die Vereinigten Staaten auf der Grundlage von Anklagen, die sich auf die sogenannten Antiterrorgesetze beziehen, die nach dem 11. September 2001 in der Europäischen Union erlassen wurden.

In Frankreich verlangt eine Gruppe, die sich »Ukraine 33« nennt, daß die Universität Paris VII gegen Annie Lacroix-Riz, eine Professorin für Zeitgeschichte und Autorin mehrerer international bekannter, streng wissenschaftlicher Bücher, einschreitet. Die Gruppe »Ukraine 33« kann die Tatsache nicht ertragen, daß Frau Lacroix-Riz auf der Basis von Archivmaterial die These widerlegt hat, die in den 30er Jahren von rechtsextremen Kreisen fabriziert wurde, wonach das Sowjetregime in der Ukraine 1933 wissentlich einen »Völkermord durch Hungersnot« organisiert haben soll. Sie wurde vom Präsidenten der Universität einbestellt, um sich zu rechtfertigen.⁸

Die Initiative der PACE wurde dank der Proteste der russischen Delegation⁹ und einiger kommunistischer und fortschrittlicher europäischer Abgeordneter aufgeschoben. Laut Konstantin Kossatschew, Sekretär des Auswärtigen Ausschusses der Duma, hat die Vorlage des Berichts über den Kommunismus jenen Kräften in der PACE in die Hände gespielt, die Kommunismus mit Nazismus gleichsetzen, um letzteren zu verharmlosen. Genau dies geschieht in den baltischen Staaten, aus denen mehrere Abgeordnete kommen, die an der Basis vieler dieser antikommunistischen Initiativen stehen. In Estland und Litauen genießen beispielsweise ehemalige Mitglieder der SS dieselben Vorrechte wie Veteranen und Soldaten, die im Großen Vaterländischen Krieg kämpften. »Dieser Zustand ist unannehmbar«, so Konstantin Kossatschew.¹⁰

Die Geschichte wiederholt sich. Zwischen 1933 und 1940 ließen die sogenannten demokratischen Parteien Hitler gewähren. Sie hofften, Deutschland in eine Speerspitze ihres Kreuzzuges gegen die Sowjetunion verwandeln zu können. Der Faschismus war für sie das kleinere Übel. Anscheinend treten die Führer der Europäischen Volkspartei (EVP) in die Fußstapfen ihrer Vorgänger. Sie zögern nicht, Parteien in ihre Reihen aufzunehmen, die in osteuropäischen Ländern an der Regierung sind und kommunistische Führer einsperren, das öffentliche Zeigen von Symbolen des Hitlerfaschismus dulden und SS-Kollaborateuren die Ehre erweisen. Lettland ist ein neues Mitglied der Europäischen Union und der NATO. In der lettischen Hauptstadt Riga fand am 16. März 2005 zum fünften Mal in Folge eine Demonstration der Waffen-SS statt. Trotz einer offiziellen Bitte Israels und Rußlands, sie zu verbieten, wurde die Demonstration erlaubt. Weder die NATO noch die EU protestierten.

Gewendete Naziagenten

Anzumerken ist, daß die gegenwärtigen Herrscher in diesen Ländern eine lange Tradition haben, gemeinsam mit den Geheimdiensten der europäischen und NATO-Länder gegen den Kommunismus zu kämpfen.

Sogar noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges rekrutierte der britische Geheimdienst Agenten unter Nazikriegsverbrechern, insbesondere unter Mitgliedern des Arajs-Kommando, einer lettischen Polizeieinheit, die an der Ermordung der Juden aktiv beteiligt war, um gegen den Kommunismus zu kämpfen.¹¹ Er half ihnen, sich nach Schweden abzusetzen. Die »besten« Elemente erhielten eine Zusatzausbildung in Großbritannien und wurden in das »Stay-behind«-Netzwerk der NATO eingegliedert, das bei einer »sowjetischen Besetzung Europas« an Ort und Stelle zurückbleiben sollte.¹² Nach der Niederlage des Kommunismus wurden diese Agenten durch die NATO und die USA an die Macht gebracht. In Litauen wurde beispielsweise das »Büro für den Schutz der Verfassung« (SAB), das sich unter anderem der »Verteidigung der Demokratie« widmet, von Janis Kazocinu geleitet. Dieser Mann ist in Wirklichkeit ein General der britischen Armee, der nach der Unabhängigkeit Militärattaché in Riga wurde und dann stellvertretender Generalstabschef. Er nahm die litauische Staatsangehörigkeit erst bei seiner Ernennung an.¹³

Die Präsidentin von Litauen, Professorin Vaira Vike-Freiberga, ist eigentlich Kanadierin, deren Familie nach dem Sturz des Faschismus aus Litauen flüchtete. Über eine Untergrundorganisation in der Diaspora, die »Daugava-Falken« (Daugavas Vanagi), stand sie mit den Naziagenten des »Stay-behind«-Netzwerkes der NATO in Verbindung. Vike-Freiberga ließ sich 1999 in Riga nieder, nahm die litauische Staatsbürgerschaft an und ließ sich zur Präsidentin der Republik wählen. Nach ihrer Meinung taten die Litauer, die sich in den Dienst der SS stellten, dies nur, um einen Verbündeten für die Befreiung ihres Landes zu finden.

Im Januar 2005 gab die litauische Regierung zusammen mit der Botschaft der Vereinigten Staaten eine Veröffentlichung mit dem Titel »Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert« heraus. Das Buch wurde bei einer Pressekonferenz der Präsidentin der Republik vorgestellt. Darin wird unter anderem erklärt, daß das Lager Salaspils, wo die Nazis medizinische Experi-

mente an Kindern durchführten, und wo 90.000 Menschen ermordet wurden, nur ein Umerziehungslager war, und daß die Angehörigen der Waffen-SS Helden im Kampf gegen die sowjetische Besatzung waren.¹⁴

Dabei muß auch über die »Experten« geredet werden, die am 14. Dezember 2004 zu der parlamentarischen Anhörung der PACE in Paris im Zusammenhang mit der Vorbereitung ihres Berichts über die »Verbrechen des Kommunismus« eingeladen wurden. Tommas Hiio von der »Estnischen Stiftung für die Erforschung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit« wurde von der Journalistin Anna Badkhen in einem Artikel des San Francisco Chronicle¹⁵ vorgestellt. In dem Artikel geht es eigentlich um den Kriegsverbrecher Michael Gorshkov, dem 2002 die US-amerikanischen Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, der aus Florida ausgewiesen wurde und nun in Estland Straffreiheit genießt. Der Bundesrichter war der Meinung, daß »kein Zweifel daran bestehe, daß Gorshkov an dem Massenmord an mindestens 3.000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern während der Nazibesatzung in Osteuropa beteiligt war, und zwar speziell im jüdischen Ghetto in Sloutsk in Belarus«. Heute ist Gorshkov ein freier Mann, und kein Staatsanwalt in Estland kümmert sich um die Vorbereitung einer Anklage gegen ihn oder einen der 17 anderen bekannten estnischen Nazikriegsverbrecher. Tommas Hiio, Berater des Präsidenten von Estland, Historiker und Mitglied der »Staatlichen Kommission für die Erforschung von Nazi- und Sowjetverbrechen gegen estnische Bürger« weist die Anklagen gegen Gorshkov zurück. »In jeder Gemeinschaft kann man Leute finden, die andere Leute hassen«, meint er. Er bestreitet auch die Beweise der Simon-Wiesenthal-Stiftung gegen die Mitglieder des »36. Polizeibataillons«, welches die Nazis mit Esten aufstellten, die später für den Massenmord an 2.500 Juden in der belorussischen Stadt Nowogrudok am 7. August 1942 verantwortlich gemacht wurden. Seine Behauptungen zu belegen, hält er nicht für nötig. »Wir wissen nicht mit Sicherheit, daß sie Juden getötet haben,« meint Hiio. »Es gibt keine Fakten, nur Propaganda.« Dies sind die »Experten«, die von der EVP zur Untermauerung ihrer Anklageschrift gegen den Kommunismus beigebracht worden sind.

Heute werden in Estland Bücher wie das des Schweizeren Jürgen Graf, eines Geschichtsrevisonisten, der den Holocaust leugnet, frei verkauft. Der Autor machte 2002 sogar eine Vortrags-tour im Lande. Straflös singt die estnische Heavy-Metal-Gruppe Marras in ihren Konzerten, daß »es Spaß macht, Juden zu töten«.

Hinter den Angriffen auf die französische Professorin Annie Lacroix-Riz sind die Profile der Erben der faschistischen Kollaborateure in Frankreich zu erkennen. Einer der Verteidiger von »Ukraine 33« ist Jean-Louis Panné, der mit Stéphane Courtois zusammen mit dem »Institut für Sozialgeschichte« in Verbindung steht. Laut Professorin Lacroix-Riz wurde dieses Institut nach dem Zweiten Weltkrieg von der Großindustrie gegründet, die dort ehemalige Kollaborateure unterbrachte. Es wurde vom Bankhaus Worms, das mit der Nazibesatzung kollaboriert hatte, und vom US-amerikanischen Geheimdienst unterstützt.

Einer seiner Gründer ist trotz seiner 89 Jahre noch aktiv. Es ist Guy Lemonnier, der den Kollaborateuren Marcel Déat und George Albertini von der Nationalen Volkssammlungsbewegung (RNP) nahestand. Albertini war in der RNP Stellvertreter von Déat und 1944 sein Kabinettschef im Büro für Arbeit. Anfang der 50er Jahre gab Worms ihm den Auftrag, das Institut zu führen, »um die französische Arbeiterklasse und die Lohnbeschäftigten vom Kommunismus und von Sympathien für die Sowjetunion abzubringen.«¹⁶

Antikommunismus heute

Der gegenwärtige Faschismus ist auf dem Vormarsch und wird unter dem Motto »Hitler-Faschismus und stalinistischer Kommunismus sind Zwillinge« überall in Europa verharmlost. Seit 1989 ist dieses Motto eine Art Dogma, das anscheinend nicht länger bewiesen werden muß. Es stammt aus dem Jahre 1945, als Nazis nach ihrer Niederlage in westlichen Geheimdiensten neue Wirkungsmöglichkeiten fanden, um den von Hitler 1923 begonnenen Kampf

zur Zerstörung des Kommunismus fortzusetzen. Mit finanzieller CIA-Hilfe überschwemmten diese Nazis die Welt mit einem Schwall von Lügen über die »Verbrechen« und die »Holocausts« von Stalin. Diese Lügen dienten zunächst der Relativierung von Hitlers Holocaust und später seiner Rechtfertigung. Um ihre Verbrechen zu rechtfertigen, brauchten die Faschisten größere Zahlen von Toten als Opfer des blutigen Regimes der Sowjetunion! Die anti-kommunistischen Angriffe wurden gebraucht, um die im Westen offizielle Geschichte der Sowjetunion zu legitimieren, die auf der Kriminalisierung des Landes und der kommunistischen Bewegung beruht. Nun möchte man durch Verabschiedung von Entschließungen und durch Verdrängung »dissidenter« Wissenschaftler eine offizielle »Geschichte« der UdSSR und des Kommunismus etablieren, die für immer gegen kontroverse Debatten, Kritik und Archivforschung abgeschirmt ist.

Heute herrscht der Imperialismus wieder über den Großteil der Erde. Er zeigt sich offen in Krieg, Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Faschismus, Armut und Kriminalität. Doch die Menschen unterliegen einer Gehirnwäsche, die das westliche System als Verwirklichung von »Demokratie, Freiheit und Menschenrechten« propagiert. Der Antikommunismus verdammt den Gedanken, daß das »große Geld« nicht ewig Bestand hat. Er ist der Feind jeder Form von revolutionärem, sozialistischem Kampf gegen den Weltkapitalismus. Zum imperialistischen System darf es keine Alternative geben; einfach die Idee zu vertreten, daß wir nicht am Ende der Geschichte angekommen sind, ist an sich schon ein krimineller Akt. Fünfzehn Jahre kapitalistischer Reformen in den ehemaligen sozialistischen Ländern führten zu Zerstörung in Industrie und Landwirtschaft, zu Massenarbeitslosigkeit, Bürgerkriegen, Auswanderung, zum Verschwinden eines freien Gesundheits- und Bildungswesens, zu Korruption und Mafia, Kriminalität und Prostitution. In diesen Ländern verbreitet sich daher das, was die Medien »realsozialistische Nostalgie« nennen. Aber auch in Westeuropa hat der Neoliberalismus mit Privatisierungen, Arbeitsplatzverlagerungen, Ersatz realer Arbeitsplätze durch Armut und ultraflexible Jobs und die Demontage sozialer Sicherungssysteme große Teile der Bevölkerung dazu gebracht zu revoltieren, wenn auch immer noch weitgehend mit gewerkschaftlichen Mitteln und mit dem Wahlzettel. Man denke nur an die Neinstimmen gegen die Europäische Verfassung, die Fortschritte kommunistischer und Arbeiterparteien in der Tschechischen Republik, Deutschland und anderen Ländern Osteuropas, Parteien, die zu Recht oder Unrecht als repräsentativ für das sozialistische System angesehen werden.

All dies bedeutet nicht, daß wir uns am Vorabend einer sozialistischen Revolution befinden. Aber in den Augen der äußersten Rechten der europäischen Bourgeoisie ist es höchste Zeit zu verhindern, daß das Undenkbare wieder Realität wird. In einer Zeit, wo soziale und politische Kämpfe zunehmen, und zwar teilweise dank der Anstrengungen von Kommunisten, geht es für sie um die Frage der Lähmung solcher Kämpfe, indem die Kräfte und Bewegungen attackiert werden, die die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter verteidigen. Es geht für sie um die Frage der Illegalisierung des Kommunismus und aller Verteidiger einer sozialistischen Alternative.

Unter Terrorismusverdacht

In einer EntschlieÙung des Kongresses der Europäischen Volkspartei heißt es, daß »in verschiedenen Teilen der Welt einige Regime weiter an der Macht festhalten, was dem Wohle ihrer Bevölkerungen abträglich ist«. Was natürlich für die EVP untragbar ist, ist die Unterstützung der Kubaner, Chinesen, Vietnamesen, Laoten und Nordkoreaner für ihre eigene Regierung. Diese Menschen kennen den Unterschied zwischen ihrer Lage und derjenigen ihrer haitianischen, philippinischen oder afrikanischen Nachbarn, die von kapitalistischen Regimes beherrscht und ausgebeutet werden, die von Führern solcher Parteien wie der EVP installiert wurden. Ein Regime, in dem die Menschen Herren des Reichtums sind, den sie selbst produzieren, darf nie mehr existieren. Ganz im Sinne der Tagesordnung der parlamentarischen Anhörung der PACE im Dezember 2004: Was verhindert werden muß ist, daß Geschichte sich

wiederholt, daß eine »illusorische Nostalgie im Bewußtsein junger Generationen« entsteht, »die in diesem (kommunistischen) Regime einen möglichen Ersatz für die liberale Demokratie sehen könnten«.¹⁷

Es gibt keine andere Erklärung für die Wiederbelebung des aggressiven Antikommunismus in den letzten zwei bis drei Jahren. Wie in der Vergangenheit ist der Faschismus wieder zu einem respektablem Alliierten im Kampf gegen den Todfeind geworden: die Macht des Volkes. Im Interesse des Kampfes für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie gegen Faschismus müssen wir für ein unverzügliches Ende der politischen Verfolgung, der Diskriminierung von Kommunisten und gegen Maßnahmen der Behinderung ihrer Aktivitäten kämpfen, wie auch für die Abschaffung von antikommunistischen gerichtlichen und strafrechtlichen Maßnahmen in allen Ländern Europas.

Die in Europa nach dem 11. September 2001 verabschiedeten antiterroristischen Gesetze müssen zurückgezogen werden. Die verwendete Definition des Terrorismus erlaubt, jegliche Bewegung oder Partei, die eine andere Gesellschaft will, als terroristisch zu behandeln.

Die Aufgabe von uns allen ist es, Kommunisten, Forscher und alle Opfer der neuen faschistisch inspirierten Hexenjagd zu unterstützen und die Freiheit der Meinung, des freien organisatorischen Zusammenschlusses und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung zu verteidigen.

(Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff)

1. <http://fr.novopress.info/?p=365>
2. ebenda
3. http://www.europarl.eu.int/news/expert/infopress_page/030-1371-236-8-34-903-20050824IPR01359-24-08-2005-2005false/default_fr.htm
4. Der Europarat wurde mit Unterstützung der CIA durch das »Amerikanische Komitee für ein Vereintes Europa« (ACUE) gegründet. Der erste Vorsitzende des ACUE war William Donovan, der Gründer des Office of Strategic Services (OSS), des US-amerikanischen Geheimdienstes während des Zweiten Weltkrieges. Damals unterstützte die US-Regierung die Anstrengungen, das kapitalistische Europa zu vereinen, um ein Gegengewicht gegen den sozialistischen Block um die Sowjetunion zu haben. Im Dezember 1956, drei Monate vor seinem Tod, plädierte Donovan für ein vereintes Europa als »Festung gegen die aggressiven Manöver der kommunistischen Welt«. Zwischen 1949 und 1953 ließ die CIA den Befürwortern eines vereinten Europa, darunter den Gründern des Europarats, Mittel im Wert von 15 Millionen US-Dollar zukommen.
5. http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=http://assembly.coe.int/%2Fcommittee%2FDocRef%2FPOL_F.htm
6. <http://assembly.coe.int/ASP/APFeaturesManager/defaultArtSiteVoir.asp?ArtId=115>
7. Communiqué of the KKE, 08.10.2003, <http://solidnet.org/cgi-bin/lpr?parties/0350=greece, Communist party of greece/716kke09oct03.doc>
8. http://rifondazione75.samizdat.net/documents/annie_lacroix_riz.htm
9. <http://assembly.coe.int/Documents/WorkingDocs/Doc05/FDOC10687.htm>
10. <http://fr.rian.ru/russia/20050912/41374790.html>
11. <http://www.voltairenet.org/article16561.html>
12. Die »Stay-behind«-Netzwerke waren Gruppen antikommunistischer Agenten, Militärs wie Zivilisten, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von den US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten in allen späteren NATO-Staaten gegründet wurden. Ihre Mission bestand darin, im Falle einer »sowjetischen Besetzung« von Westeuropa in Europa zu bleiben, um Sabotageakte zu verüben und Informationen zu beschaffen. Sie verfügten über geheime Waffenlager und erhielten ein regelmäßiges Training durch die NATO. Im Jahre 1990 entdeckten italienische Gerichte, daß Mitglieder dieser Gruppen in die blutigen Anschläge der 70er und 80er Jahre verwickelt waren. Sie führten diese Aktionen im Namen von linken Organisationen aus, um die Italienische Kommunistische Partei an der Regierungsbeteiligung zu hindern. Anschläge derselben Art wurden in Belgien von der sogenannten »Gang von Nivelles« verübt, die 29 Opfer forderten. Die Terroristen wurden jedes Mal geschützt, und eine Ermittlung führte nie zu einem Ergebnis.
13. KGB et Cie, à l'assaut de l'Europe, Roumania Ougartchinska, Éditions Anne Carrère, 2005
14. <http://www.voltairenet.org/article16561.html>
15. San Francisco Chronicle, 15/2/2004 <http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?file=/c/a/2004/02/15/MNGKV51C571.DTL>
16. http://www.geocities.com/indep_chercheurs/ALR-1.html
17. <http://assembly.coe.int/ASP/APFeaturesManager/defaultArtSiteVoir.asp?ArtId=115>

17.11.2006

Vollstrecker deutscher Eroberungspolitik

Schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion planten deutsche Kriegsstrategen die Annexion und »Germanisierung« des Baltikums. Heute werden dort Nazikollaborateure als »Freiheitskämpfer« gegen die Sowjetunion gefeiert

Von Martin Seckendorf



Foto: Der Chef der zentralen Kollaborationsbehörde in Lettland, Oskars Dankers, inspiziert im Juni 1942 eine SS-Polizeinheit mit lettischem Personal. Links hinter ihm der deutsche Standortführer Fritz Dietrich

In unschöner Regelmäßigkeit kommen aus den drei baltischen Republiken, vornehmlich aus Estland und Lettland, Meldungen über Tendenzen, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben. Es wird von Denkmälern für Kollaborateure in der Waffen-SS berichtet, deren Enthüllungen häufig unter Teilnahme der politischen Prominenz stattfanden. An bestimmten Feiertagen gibt es Aufmärsche noch lebender Nazihelfer mit Flaggengeleit junger Balten und vielfach unter Beteiligung deutscher Alt- und Neonazis.

Am Rigaer Freiheitsdenkmal werden im Gedenken an Kollaborateure Blumen abgelegt. Der Tag, an dem offiziell eine deutsche SS-Einheit mit lettischem Personal in Dienst gestellt worden war, wird in Lettland seit dem Ausscheiden aus der Sowjetunion im Jahr 1991 als Gedenktag begangen. 1998 hatten die Behörden diesen 16. März sogar zum offiziellen »Soldatentag« erklärt, mußten ihren Vorstoß zwei Jahre später jedoch, weil für einen EU- und Nato-Beitrittskandidaten unschicklich, auf internationalen Druck wieder zurückziehen. Im Juni 2006 wurde in Tallinn ein Gesetzentwurf vorgelegt, der estnischen Nazikollaborateuren den Status von »Freiheitskämpfern« zuerkennt. Die Kollaboration vor allem in ihrer schlimmsten Form, dem Waffendienst für die deutschen Okkupanten, gilt in einflußreichen Kreisen im Baltikum als Kampf für die nationale Unabhängigkeit gegen Kommunismus und gegen die Zugehörigkeit zur UdSSR, die als sowjetische Okkupation interpretiert wird. In mehreren Folgen berichtete kürzlich eine große Zeitung des Estnischen Rates in Kanada über einen Esten, der in die SS eingetreten sei, um für ein »demokratisches und freies Estland zu kämpfen«.

Dieses Geschichtsbild ist inzwischen Teil der offiziellen Erinnerungskultur sowie Bestandteil und Legitimation des verstärkten Nationalismus in den baltischen Republiken. Während sich die offizielle Politik mit Rücksicht auf die Stimmung im Ausland in diesem Jahr etwas zurückhielt, gibt die Teilnahme von vielen jungen Menschen an dem »Heldengedenken« Anlaß zu größter Sorge. Ein Onlinedienst berichtete über die einschlägigen Veranstaltungen in die-

sem Jahr: »Die Feiermärsche sind inzwischen mehr und mehr zum Bekenntnis gerade junger Letten zu Volk, Heimat und Unabhängigkeit geworden.« Die Heroisierung der Kollaborateure kann nur dadurch »national gemeinschaftstiftend« wirken, in dem man den Geschichtsverlauf verfälscht. So wird der quantitativ beträchtliche Anteil baltischer Nazihelfer am Massenmord an »unerwünschten« Einwohnern der baltischen Republiken, vorwiegend an »Juden und Kommunisten«, sowie an Widerstandskämpfern und als »minderwertig« eingestuften Bürgern anderer Sowjetrepubliken während des Krieges verdrängt oder apologetisch verzerrt.

Germanisierung statt Autonomie

Man verschweigt auch, daß die Okkupanten niemals die Absicht hatten, den baltischen Völkern nationale Autonomie oder Unabhängigkeit zu gewähren. Die 1941 eroberten baltischen Sowjetrepubliken sollten germanisiert und annektiert, die baltischen Nationen ausgelöscht werden, was für die Bewertung der Kollaborateure ein wichtiges Faktum ist. Ebenso wird die Bedeutung des Kampfes der Roten Armee für die Politik der deutschen Faschisten auch in den okkupierten baltischen Republiken negiert. So bewog die Niederlage vor Moskau die Nazi-Führung im November 1941, die Germanisierung zu unterbrechen. Man versprach den Balten nach dem »Endsieg« Autonomie, wenn sie sich bis dahin im Einsatz für das »Reich« und gegen den Kommunismus bewährt hätten.

Die Annexions- und Germanisierungsstrategie spiegelt sich deutlich in den Dokumenten zu den deutschen Kriegszielen gegen die UdSSR wider. Schon vor dem Überfall war festgelegt worden, daß die Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, die nach der Besetzung mit Belorußland zum Reichskommissariat Ostland (RKO) zusammengefaßt wurden, annektiert werden und dem Deutschen Reich als ein Land wie Thüringen oder Ostpreußen beitreten sollten. Am 8. Mai 1941 schrieb der spätere Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, in einer Instruktion für die geplanten zivilen Okkupationsorgane, die drei Sowjetrepubliken sind »zu einem Teil des Großdeutschen Reiches umzuwandeln«. Auf der Kriegszielkonferenz am 16. Juli 1941 betonte Hitler, »das gesamte Baltenland« müsse »Reichsgebiet werden«. Voraussetzung für die Annexion sollte die Germanisierung sowie »rassische« und politische »Säuberung« sein. Rosenberg wies in der Instruktion vom 8. Mai 1941 an, die Germanisierung habe durch »germanische« Besiedlung und durch »Eindeutschung rassisch möglicher Elemente« zu erfolgen. Eindeutschung hieß Entnationalisierung der Balten und »Umvolkung« einiger weniger Menschen zu Deutschen. Die benötigten Siedlerstellen sowie die politische und »rassische« Säuberung sollten »durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente« erfolgen. Er entwickelte Vorgaben, wieviele Balten zu den »nicht erwünschten Elementen« zu rechnen wären. Die Esten könne man zu über 50 Prozent »eindeutschen«, dagegen seien bei den Letten und Litauern weit mehr als die Hälfte nicht »eindeutschungsfähig«. Außerdem wollte er eine große Anzahl von Letten und Litauern aussiedeln, die nach rassistischen Kriterien zwar »eindeutschungsfähig« seien, aber aus politischen Gründen zu »verschwinden« hätten. Rosenberg nannte neben Kommunisten vor allem »lettische Intelligenzler«, die er als potentielle Gegner des Germanisierungskurses betrachtete.

Schon vor dem Überfall stand fest, daß von den zirka sechs Millionen Einwohnern der drei Sowjetrepubliken nur etwa eine Million Menschen zur »Eindeutschung« vorgesehen waren. Fast fünf Millionen Menschen hatten aus dem Annexionsraum zu »verschwinden«. Die baltischen Nationen sollten ausgelöscht werden. Folgerichtig waren die Verantwortlichen für diese Planung gegen eine politische Kollaboration im Baltikum. Jede politische Gruppierung, sei sie auch noch so »deutschfreundlich« und antisowjetisch, galt ihnen als möglicher Kristallisationspunkt, als Zeichen baltischer Nationalität.

Nach der Besetzung wurden die Vorgaben Rosenbergs in administrative Richtlinien umgesetzt. Ein Arbeitspapier des Leiters der Abteilung Politik in der Behörde des Reichskommissars für das Ostland beschrieb als Ziel deutscher Politik: »Die baltischen Länder werden eingedeutscht, daraus ergibt sich, daß die hier lebenden Völker zum Teil assimiliert, zum Teil

evakuiert werden müssen.« Die »Umvolkung« der »eindeutschungsfähigen« Balten und die »Verdrängung« der »nicht eindeutschungsfähigen Einwohner waren Tagesaufgaben der Okkupationsverwaltung. Dazu gehörte auch, alle Äußerungen eines Nationalbewußtseins der Balten oder Bestrebungen nach Autonomie zu bekämpfen. Selbst kulturelle Betätigung wurde nur im Folklorebereich erlaubt, überdeckt von einer deutschen Leitkultur. Jede Kollaboration auf politischer Ebene wies man zurück. Kollaborationsverwaltungen über die örtliche Ebene hinaus, von den Faschisten »landeseigene Verwaltungen« genannt, wurden abgelehnt. Angesichts der deutschen Ziele mußte nach Auffassung des Leiters der Verwaltungsabteilung in der Behörde des Reichskommissars jede »landeseigene« Verwaltung zwangsläufig versagen. Abteilungsleiter Eberhard Gentz schrieb: »Fest steht doch wohl die Tatsache, daß nach dem Krieg in größerer Zahl deutsche Volksgenossen im Ostland zur Ansiedlung kommen und, um den notwendigen Raum zu schaffen, rassig unerwünschte und charakterlich minderwertige Elemente ausgesiedelt werden müssen. Es kann nicht angenommen werden, daß solche einschneidenden Maßnahmen von einer landeseigenen Verwaltung gegen die eigenen Volksgenossen gutwillig durchgeführt werden.« Erwünscht war nur eine Kollaboration auf unterster Ebene. Vor allem als Henkersknechte zur Beseitigung ihrer als »unerwünscht« stigmatisierten Landsleute (Juden, Kommunisten; Roma und behinderte Menschen) sowie zur Sicherung der eroberten Gebiete setzte man in größerem Umfang Balten unter deutscher Anleitung ein. In vielen Fällen bekämpften diese »landeseigenen« Einheiten nach deutschen Grundsatzbefehlen weitgehend selbständig Juden, Kommunisten und »Asoziale«. Den Kollaborateuren wurde der »gewissenhafte« Dienst in den Formationen als Bewährung für die »Eindeutschung« schmackhaft gemacht. Wehrmacht und SS achteten bei der Aufstellung der Einheiten streng darauf, daß die Kollaborateure damit nicht die Herausbildung nationaler Polizei- oder Militärorgane betrieben.

Plünderung des Baltikums

Im Spätherbst 1941 änderte sich die Lage für die deutschen Aggressoren. Am 2. Oktober war die faschistische Heeresgruppe Mitte aus dem Raum östlich von Smolensk mit 1,9 Millionen Soldaten, 1.700 Panzern 19.000 Geschützen, unterstützt von 1.400 Flugzeugen zum Sturm auf Moskau angetreten. Die Operation »Taifun«, wie die Tarnbezeichnung der Großoffensive lautete, sollte nach einem Tagesbefehl Hitlers mit »dem letzten gewaltigen Hieb« die Rote Armee »noch vor dem Einbruch des Winters« endgültig zerschlagen, »zerschmettern«, wie Hitler hervorhob. Der Oberquartiermeister im Oberkommando des Heeres, Eduard Wagner, meinte, daß »der letzte große Zusammenbruch [der Sowjetunion] unmittelbar bevorsteht«. Der Euphorie folgte bald die Ernüchterung. Der opferreiche Abwehrkampf der Roten Armee fügte der Wehrmacht enorme personelle und materielle Verluste zu. Die Gefechtsstärke und das Angriffstempo der deutschen Verbände sanken rapide. Resigniert stellte der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, am 13. November 1941 fest, eine Armee wie jene, die im Juni 1941 in die Sowjetunion eingefallen war, »wird uns künftig nicht mehr zur Verfügung stehen«. Das Blitzkriegskonzept der Wehrmacht war gescheitert. Erstaunlich schnell erkannten die Spitzen des faschistischen Regimes die weitreichenden Wirkungen der verheerenden Niederlage vor Moskau. Seit Mitte November 1941 gingen sie davon aus, daß der Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion härter und erheblich länger dauern werde, als geplant. Diese Erkenntnis führte noch im November 1941 zu Festlegungen, um die Okkupationspolitik der neuen Lage anzupassen.

Die ersten Maßnahmen betrafen die Wirtschaftspolitik. Hermann Göring, der für die wirtschaftliche Ausplünderung in den okkupierten Teilen der Sowjetunion auf staatlicher Seite maßgebend war, befahl am 8. November 1941, ohne Rücksicht und auch unter Anwendung offener terroristischer Gewalt noch mehr Lebensmittel und Rohstoffe aus den besetzten Gebieten herauszupressen. Alle Maßnahmen hätten sich unbedingt an den gewaltig gestiegenen Forderungen der Wehrmacht und der deutschen Kriegswirtschaft zu orientieren. Die Politik des verstärkten Raubes und der unverhohlenen Plünderung nach dem Scheitern von »Taifun«

gipfelte in dem Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom 21. Dezember 1941, angesichts fehlender Winterausrüstung der Wehrmacht, solle man »Gefangene und Einwohner rücksichtslos von Winterbekleidung entblößen« – in einem der härtesten Winter des 20. Jahrhunderts das Todesurteil für Hunderttausende.

Für das besetzte Baltikum gab es in Auswertung des Scheiterns der Blitzkriegsstrategie zusätzliche politische Festlegungen. Die deutschen Machthaber meinten im Sommer 1941, der Krieg gegen die Sowjetunion sei eine Angelegenheit von wenigen Monaten. Danach, so ihre Rechnung, setze ein breiter Strom deutscher Siedler, bestehend vornehmlich aus demobilisierten deutschen Soldaten in das Baltikum ein. Die Balten waren im Bewußtsein der deutschen Herren eigentlich komplett überflüssig. Der Abteilungsleiter Politik im RKO, Friedrich Trampedach, schrieb in einem Arbeitspapier mit dem Titel »Grundsätzliches zur Behandlung der Letten« vom Herbst 1941 sogar, »es wäre fraglos möglich, die lettische Frage radikal zu lösen. Ein Problem kann sie bei der geringen Zahl der Letten nicht darstellen.« Alle Okkupationsorgane betrachteten im Sommer/Herbst 1941 die schnelle Reduzierung der baltischen Bevölkerungszahlen als wichtige Aufgabe, um für die bald massenhaft eintreffenden deutschen Siedler »Raum«, attraktive Siedlungsstellen zu schaffen. Das Scheitern der Operation »Taifun« schuf auch für die Germanisierungspläne im Baltikum eine völlig neue Lage. Der erwartete Siedlerstrom blieb aus, da die Soldaten nicht demobilisiert wurden. Andererseits hatte die mit ungeheurer Effizienz betriebene »negative« Bevölkerungspolitik die Einwohnerzahlen und damit das Arbeitskräftepotential drastisch verringert. So sank durch die Massensterbe an Juden und Kommunisten die Einwohnerzahl der Städte Lettlands um etwa ein Drittel, in einigen Kleinstädten wie in Subbat im Gebiet Jelgava sogar um die Hälfte. Eine Planungsskizze des RKO schrieb rückblickend, durch die Massentötungen »ist eine, volkswirtschaftlich gesehen, schwer zu behebende Menschenlücke gerissen. Dies gilt vor allem für die kleinen Städte, ohne deren Wiederaufbau eine Steigerung der ländlichen Produktion und ein Aufbau der Landgebiete nicht möglich ist.« Noch am 6. August 1941 hatte der Leiter der für die Menschenvernichtung im »Ostland« hauptsächlich zuständigen Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes an den Reichskommissar geschrieben, man könne unbesorgt alle Juden, auch die Arbeitsfähigen, umbringen. Er begründete dies – den bald einsetzenden deutschen Siedlerstrom offenbar vor Augen – damit, daß es im Baltikum keinen Mangel an Arbeitskräften geben werde. Jetzt, im November 1941, nach dem Scheitern der Operation »Taifun« wurden die land- und forstwirtschaftliche Produktion, die Reparatur- und Fertigungskapazitäten, der Ölschiefer und die Arbeitskräfte der baltischen Länder dringend gebraucht. Zudem verlangten Wehrmacht und SS deutlich mehr baltische Waffenträger für die Front und für die Bekämpfung der sprunghaft anschwellenden Partisanenbewegung auch außerhalb der baltischen Republiken.

Kollaborateure für die Drecksarbeit

Seit November 1941 war den Entscheidungsträgern in Berlin klar, daß der rigorose Germanisierungskurs und die damit verbundene Ablehnung jeglicher überörtlichen Kollaboration zeitweilig unterbrochen werden mußte. Um die Ziele zu erreichen, ohne die politische Lage im relativ »befriedeten« Baltikum zuzuspitzen, konnte die Nutzung der beträchtlichen Kollaborationsbereitschaft der Macht- und Einflußeliten aus vorsowjetischer Zeit hilfreich sein. Der Leiter der Abteilung Politik im RKO schrieb rückblickend am 19. November 1942: Hätte man 1941 geahnt, »daß der Ostfeldzug mehrere Jahre dauern kann und die Kräfte des deutschen Volkes in einem solchen Ausmaße in Anspruch nehmen würde«, dann hätte man von Anfang an auf eine größere Einbeziehung der Kollaborateure in den baltischen Staaten hinsteuern müssen, um »alle Kräfte dieses Landes zu einem möglichst starken selbständigen militärischen und wirtschaftlichen Einsatz« für den Sieg über die Sowjetunion ausnutzen zu können. Dazu mußte man den zur Kollaboration bereiten Balten aber suggerieren, sie erhielten Einfluß auf die Politik im Baltikum, und die baltischen Republiken hätten eine nationale Zukunft als autonome Gebiete in einem von Nazideutschland geführten antibolschewistischen

Europa. Um den Kollaborateuren politischen Rückhalt in der Bevölkerung zu sichern, wurden sie in der Propaganda als Garanten einer nationalen Entwicklung der Balten im Rahmen des faschistischen Großreiches gepriesen.

Der politische Rückhalt war für die Erfüllung ihres Auftrags notwendig. Künftig sollten die Kollaborateure die »Drecksarbeit« machen. Die von den Deutschen für notwendig erachteten »unpopulären« Maßnahmen sollten von ihnen verkündet und notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden. Die Senkung der Lebensmittelrationen und der Löhne, um gemäß der Göringschen Forderung mehr und billigere Lebensmittel für die Wehrmacht und die deutsche Bevölkerung zu erhalten, die jahrgangsweise Einberufung aller arbeits- und wehrdienstfähigen Balten zur »Gewinnung« von Arbeitskräften sowie von Personal für Wehrmacht, SS und Polizei wurden nicht mehr durch deutsche Befehle, sondern durch Dekrete der »landeseigenen« Verwaltung in der Landessprache angewiesen. Verstöße dagegen waren von Justiz- und Polizeiorganen der »baltischen Selbstverwaltung« zu ahnden. Ab Mitte November begann, angestoßen von den Machtzentren in Berlin, in der Okkupationsverwaltung eine rege Diskussion, wie die neue Linie publikumswirksam, aber ohne Beeinträchtigung der deutschen Vormachtstellung umgesetzt werden konnte. Bei den deutschen Machträgern bestand darüber Einvernehmen, daß die Annexion und Germanisierung des Baltikums nicht aufgegeben, sondern situationsbedingt nur unterbrochen und aufgeschoben war.

Noch am 31. Mai 1944, wenige Monate vor dem Ende der deutschen Herrschaft im Baltikum, schrieb Reichskommissar Hinrich Lohse an Hitler, er betrachte es nach wie vor als seine Aufgabe, das Baltikum »durch deutsche Siedlungsmaßnahmen und durch Eindeutschung rassisch wertvoller Bevölkerungsteile zu einem Teil des Reiches zu machen.« Voraussetzung für das Gelingen des Täuschungsmanövers, die Kollaborateure zu politisch einflußlosen Vollzugsorganen der Deutschen zu machen und ihnen trotzdem politischen Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen, darüber waren sich die Okkupanten einig, sei die Geheimhaltung der weiterhin verfolgten deutschen »Endziele«. Der Leiter der politischen Abteilung im RKO, Trampedach, faßte rückblickend die Grundidee des Täuschungsmanövers in dem Satz zusammen, man sollte »die politischen Forderungen der baltischen Völker radikal erfüllen, um ihren Kriegseinsatz gegen den Bolschewismus aufs Höchste zu fördern, nach dem Kriege könnten wir ihnen ja alles wieder nehmen«. Anfang 1942 wurde beginnend in Lettland in allen drei Republiken je eine zentrale, bis auf die Gemeindeebene durchstrukturierte »landeseigene« Verwaltung installiert. Die Leitung wurde Balten übertragen, die schon vor dem Krieg auf den Gehaltslisten deutscher Dienste standen. Deutsche Behörden waren im Normalfall nur noch als Aufsichtsorgane tätig.

Das größte Hindernis für die Verwirklichung der deutschen Pläne im Baltikum war die Rote Armee. Die Kollaborateure sollten den Deutschen helfen, dieses Hindernis zu beseitigen. Danach wäre der alte Kurs wieder aufgenommen worden. Als z. B. die Sommeroffensive der Wehrmacht 1942 in Richtung Wolga und Kaukasus zügig vorankam, wollte man im RKO die eben eingeführte zentrale »landeseigene« Verwaltung wieder abschaffen. Heinrich Himmler, Reichsführer SS, erklärte im August 1942, in den zu annectierenden Ostgebieten würden künftig »nur Menschen wirklich deutschen, germanischen Blutes wohnen«. Erst durch den Sieg der Roten Armee bei Stalingrad verschwanden die für die baltischen Völker existentiell bedrohlichen Pläne »vorübergehend« wieder in den Schubladen. In diesem Kontext waren die Kollaborateure willige Vollstrecker deutscher Eroberungspolitik und keinesfalls Kämpfer für die Sache der baltischen Länder.

Baltikum: Die SS-Veteranen marschieren

Ehemalige NS-Soldaten wollen als Freiheitskämpfer anerkannt werden – Abgleiten der Geschichtsaufarbeitung Richtung Verherrlichung der Wehrmacht

SS-Veteranen und Ex-Soldaten anderer Einheiten des Hitlerregimes haben am Wochenende in Estland und Lettland eine Würdigung ihrer historischen Rolle verlangt. Die Veteranen der 20. estnischen SS-Division wollen gesetzlich fixiert haben, dass die „Esten, die in deutscher Uniform gekämpft haben, für die Demokratie gekämpft haben“. Hinter der Grenze finde sich noch immer ein „feindlicher Staat“, meinten sie am Samstag im ostestnischen Volost Vaivara.

Verteidigungsminister Jaak Aawiksoo richtete eine Grußbotschaft an sie, in der er die Auffassung teilte, der Kampf estnischer Soldaten unter Adolf Hitler sei als zweiter Freiheitskampf – nach dem ersten 1918-1920 – zu sehen. Unter den bis zu 330 Versammelten befanden sich auch SS-Veteranen aus Österreich und Norwegen sowie Vertreter von Jugendverbänden.

Zeitgleiches Treffen in Riga

Beim zeitgleichen Veteranentreffen in der lettischen Hauptstadt Riga sind erstmals die SS-Veteranen gemeinsam mit den lettischen Ex-Partisanen („Waldbrüder“) aufmarschiert. Schließlich sei die Sowjetunion der gemeinsame Feind beider Verbände gewesen, erklärte der Vizepräsident der „Gesellschaft lettischer Nationalkämpfer“, Leonid Rose. In Lettland schickte gar der neue Präsident Waldis Zatlers eine Grußbotschaft.

Mit dem Abgleiten der Geschichtsaufarbeitung Richtung Verherrlichung der Wehrmacht und der Waffen-SS haben Lettland und Estland nicht nur das Drittel der Russen im Land und Russland selbst, sondern auch den Westen brüskiert. Im jährlichen und 2005 erstmals offiziell erlaubten Aufmarsch der SS-Veteranen am 16. März (Jahrestag der Kämpfe zwischen Waffen-SS und Roter Armee) sieht Russland die Duldung bedenklicher Tendenzen.

Kriegsende

Über das Kriegsende herrschen große Auffassungsunterschiede zwischen dem Baltikum und Russland. War nämlich das Kriegsende 1945 für Westeuropa eine Befreiung, so folgte im Baltikum auf die faschistische die stalinistische Diktatur, unter der bis zu 20 Prozent der Bevölkerung vernichtet wurden.

Im April erst hatte die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmales aus dem Zentrum an den Rand der estnischen Hauptstadt Tallinn zu Verstimmungen mit Russland und zu Unruhen geführt.

(Eduard Steiner aus Moskau, DER STANDARD, Printausgabe 30.7.2007)



10.10.2007

Putin: Lettland und Estland verherrlichen Nazismus

MOSKAU, 10. Oktober (RIA Novosti). Die Behörden Lettlands und Estlands verherrlichen die Nazisten und die EU steht dabei gleichgültig beiseite.

Das erklärte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch bei einem Treffen mit Mitgliedern des Exekutivkomitees des Europäischen Jüdischen Kongresses in Moskau. „Einige Fakten, mit denen wir in einigen Ländern Osteuropas konfrontiert sind, rufen aufrichtiges Erstaunen und Entfremden hervor. Wir wissen, dass die Nichtanerkennung des Holocaust in mehreren europäischen Ländern gesetzlich verfolgt wird, während die lettischen und estnischen Behörden mit ihren Handlungen der Heroisierung der Nazisten und ihrer Helfershelfer Vorschub leisten.“

Putin sagte ferner, dass kein einziger Nazi-Verbrecher in Estland seit der Erreichung von dessen Unabhängigkeit bestraft wurde. „Mit Genehmigung der offiziellen Behörden finden in Lettland jährlich am 16. März neonazistische Versammlungen statt, die einem weiteren Jahrestag der Gründung der lettischen Legion der Waffen-SS gewidmet sind ... Wir sehen auch eine merkwürdige, an Heuchelei grenzende Position einiger europäischer Strukturen zur Demontage des Bronzenen Soldaten in Tallinn“, sagte der russische Präsident.

Deutschlandfunk

10.12.2007

Die ausländischen Helfer der Wehrmacht

Rolf-Dieter Müller komprimiert militärhistorisches Wissen

Anders als viele idealisierende Erinnerungsbücher über die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit ausländischen Hilfstruppen will der Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller aufräumen mit Mythen auf der einen und Verleumdungen auf der anderen Seite. Er hat sich vorgenommen, in seinem Buch „An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim Kreuzzug gegen den Bolschewismus 1941-1945“ überblicksartig die Bedingungen zu untersuchen, unter denen sich Staaten, Völker und Volksgruppen gegen Stalins Sowjetunion auf die Seite der deutschen Aggressoren schlugen. Henry Bernhard hat das Buch gelesen.

Es mag befremdlich erscheinen, wenn Österreicher und Russen in Tirol gemeinsam vor einem Gedenkstein für einen deutschen Wehrmachtsgeneral stehen und seiner gedenken. Ein junger Historiker ruft von hinten „Kriegsverbrecher“ dazwischen. Der General Helmuth von Pannwitz befehligte im Zweiten Weltkrieg das XV. Kosaken-Kavallerie-Korps, eine Reitertruppe aus dem Kaukasus und vom Don, die im Zweiten Weltkrieg nicht etwa das Land verteidigten, dessen Staatsbürger sie waren, die Sowjetunion, sondern die auf deutscher Seite gegen die Sowjetarmee kämpften. Waren es nun Vaterlandsverräter, Kollaborateure, Söldner, Faschisten oder glühende Antikommunisten, die da im Wehrmachtsfeldgrau und mit Kosaken-Fellmützen und Säbel in den Krieg zogen? Dieser umstrittenen Frage stellt sich das Buch „An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim Kreuzzug gegen den Bolschewismus 1941-1945“. Anders als viele idealisierende Erinnerungsbücher über die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit ausländischen Hilfstruppen will der Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller aufräumen mit Mythen auf der einen und Verleumdungen auf der anderen Seite. Er hat sich vorgenommen, überblicksartig die Bedingungen zu untersuchen, unter denen sich Staaten, Völker und Volksgruppen gegen Stalins Sowjetunion auf die Seite der deutschen Aggressoren schlugen. Dabei macht er deutlich, dass der Anteil von Ausländern, die auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion kämpften, deutlich höher war als gemeinhin vermutet.

„Zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion konnte die Wehrmacht rund 600.000 Mann verbündeter Truppen einsetzen, später kamen zahlreiche ausländische Freiwillige und 'Hilfswillige' hinzu. Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges war an der Ostfront schließlich jeder dritte Uniformträger auf deutscher Seite ein Ausländer.“

Zu Beginn des Unternehmens „Barbarossa“ standen zunächst die verbündeten Staaten Deutschland bei: Finnland, Ungarn, Rumänien, Italien, die Slowakei und Kroatien. Dabei darf diese Front keinesfalls als monolithischer Block verstanden werden. Einerseits hatte Hitler keinen der militärischen Partner in die Planung des Russlandfeldzuges eingeweiht. Ein „Blitzkrieg“ brauchte seiner Meinung nach keine Verbündeten, so dass man später auch die „Beute“ nicht teilen musste. Andererseits waren aber auch die Motive der Verbündeten äußerst unterschiedlich. Der Autor arbeitet sie präzise heraus: Mit der Demokratie Finnland gab es kein formales Bündnis. Finnland führte eher einen Parallelkrieg in Eigenverantwortung mit dem Ziel, das 1939 von der Sowjetunion geraubte Karelien zurückzuerobern. Ungarn als großer Verlierer des Ersten Weltkrieges wollte Teile der 1918 verlorenen Gebiete von der Ukraine und Jugoslawien wiedererlangen. Rumänien verfolgte strategische Interessen auf dem Balkan, verlangte von Deutschland dafür massive Aufrüstung seiner altertümlichen Armee und drängte sich geradezu auf, mit gegen die Sowjetunion ins Feld ziehen zu dürfen. Mussolinis Italien verfolgte seine Eigeninteressen im Mittelmeerraum und führte eher Parallelkriege. Für die Kroaten bedeutete das Bündnis mit Deutschland die Chance zur Selbstständigkeit gegenüber Italien und Serbien. Um die Verbündeten trotzdem für sein Kriegsziel, die „Germanisierung des Lebensraums“ im Osten, einzuspannen, kaschierte Hitler dieses mit dem Topos des „Kreuzzugs gegen den Bolschewismus“, dem sich viele hoffnungsvoll anschlossen.

Adolf Hitler: „Wenn wir all unsere Verbündeten und diejenigen, die an unserer Seite kämpfen, Rumänen und Ungarn und Kroaten und Slowaken, und vor allem im Norden die Finnen, dann Spanien und so weiter, wenn wir alle die zusammenfassen, dann können wir wirklich sagen: Es ist heute bereits ein Kreuzzug Europas. Und dazu kommen dann noch die germanischen Freiwilligen unserer Waffen-SS und eigene Legionen einzelner europäischer Staaten. Es ist wirklich Europa, das sich hier zusammengefunden hat, genauso wie in alten Zeiten einst gegenüber den Hunnen oder den Mongolen-Stürmen.“

So Hitler Ende 1942, kurz vor der entscheidenden Niederlage in Stalingrad. Dem vorausgegangen waren der Hitler-Stalin-Pakt 1939, die Teilung Polens und der enorm schnelle Vormarsch der deutschen Wehrmacht auf Moskau 1941, die die politische Landkarte radikal veränderten. Unter diesen Vorzeichen müssen die Allianzen des Zweiten Weltkrieges verstanden werden, so der Autor.

„Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes veränderte das Koordinatensystem. Polen wurde zerrissen, und die Stalinisierung Ostpolens war zunächst brutaler als die deutsche Herrschaft im Westen des Landes. Sie bestätigte die tiefstehenden Ängste in den baltischen Staaten. Dann wurden auch sie vom Stalinismus überrollt. Erst von Deutschland, dann von den Westmächten im Stich gelassen, waren die Völker im ersten Jahr der sowjetischen Okkupation von politischer Repression und der Deportation ihrer Führungselite betroffen. Als kurz darauf die Wehrmacht in die neu formierten Grenzprovinzen des Sowjetimperiums einfiel, wurde sie von der Mehrheit der Bevölkerung als Befreier begrüßt. Einheimische Soldaten und Offiziere waren bereit, die Fahne zu wechseln und sich wieder in jene gemeinsame Front mit den Deutschen einzureihen, mit der ihre Heimat 1919 und 1920 gegen den Bolschewismus verteidigt worden war – im Glauben, dies würde erneut gelingen können. Patriotismus und Antikommunismus verbanden und trennten sie zugleich von den neuen Herren, die nur vordergründig an die Traditionen des Ersten Weltkrieges anknüpften.“

In Estland, Lettland, Litauen, Polen, Weißrussland, in der Ukraine und im Kaukasus, aber auch in Russland selbst fanden sich Hunderttausende junger Männer, die bereit waren, gegen die Sowjetherrschaft zu kämpfen. Zu schlimm waren ihre Erfahrungen mit stalinistischem Terror, Hungersnöten und Besatzungswillkür. In differenzierten landesspezifischen Darstel-

lungen erläutert der Autor die unterschiedlichsten Arten der Kollaboration mit den Deutschen. Es gab Panjewagenfahrer, die unter russischen Kriegsgefangenen rekrutiert wurden. Es gab lokale Polizeieinheiten, die für die Deutschen auf Partisanen- oder Judenjagd gingen, es gab Moslems mit verwegenen Mützen und deutschen Uniformen, die an vorderster Front kämpften, und es gab estnische und ukrainische Legionen, die mit eigener Uniform hofften, für die Freiheit ihres Landes zu kämpfen. Auch die SS rekrutierte überall in Osteuropa Freiwillige. Dabei wird eines deutlich: Mit ihrem gnadenlosen Regime in Osteuropa verspielten die deutschen Besatzer oft die Sympathie derer, die ihre natürlichen Verbündeten gegen Stalin gewesen wären. Vor allem aber Hitlers Rassenwahn verhinderte die Rekrutierung weiterer Freiwilliger und degradierte andere zu Hilfstruppen oder zu Kanonenfutter an der Front. Den immer drängenderen Forderungen aus dem Oberkommando des Heeres etwa nach einer eigenen russischen Legion unter General Wlassow, treibende Kraft war dort Claus Graf Schenk von Stauffenberg, widersetzte sich Hitler bis zum Schluss.

Dennoch musste sein 1941 vorgetragenes Credo „Nie darf erlaubt werden, dass ein anderer Waffen trägt als der Deutsche!“ angesichts der deutschen Niederlagen ab 1942 einer pragmatischeren Sicht weichen. Auch die SS weichte ihren Rassismus auf. Dies galt umso mehr für West- und Nordeuropa, wo vor allem die SS auf Freiwillige zählen konnte. Sie repräsentierten nationale rechtsradikale bzw. faschistische Strömungen und kämpften zumeist in geschlossenen Einheiten innerhalb deutscher Formationen. Ihre angesichts der geringeren Zahl vor allem politisch-propagandistischen Bedeutung erläutert der Autor in einem eigenen Abschnitt. Die gesamten Länderstudien fasst er dann knapp in drei Thesen zusammen:

„Ohne den Einbau der verbündeten Armeen hätte die Wehrmacht 1941 nie bis vor die Tore Moskaus marschieren können. Ohne die Mobilisierung zusätzlicher Kräfte der Verbündeten hätte Hitler 1942 seine neue Sommeroffensive Richtung Wolga und Kaukasus nicht durchführen können. Spätestens nach der Katastrophe von Stalingrad konnte die Wehrmacht einen Zusammenbruch der Ostfront nur mit Hilfe der ausländischen Helfer verhindern. Ihre größte Bedeutung hatten sie bei der Sicherung des Hinterlandes und bei der Bekämpfung der Partisanen.“

Schließlich, so der Autor, sei der wohlfeile Begriff der Kollaboration untauglich, das Phänomen der ausländischen Helfer für Wehrmacht und SS in seiner Vielfalt zu erfassen. Zum Verständnis dieser Thematik trägt dieses präzise gegliederte Buch in hohem Maße bei. Der Autor versteht es, militärische Zusammenhänge auch dem Laien verständlich zu erklären und reduziert dabei die militärischen Erwägungen auf den Umfang, der zum Verständnis der historischen Zusammenhänge nötig ist. In der kühlen, mitunter kalten Sprache des Militärhistorikers verdeutlicht er das ganze Dilemma vor allem der Osteuropäer und Asiaten auf dem „Schlachtfeld der Diktaturen“. Dabei wird aber auch klar, wie unterschiedlich die Bereitschaft war, Hitlers Rassenideologie zu folgen: Ungarn weigerte sich, seine Juden auch nur zu enteignen. Rumäniens Holocaust kostete 300.000 Juden das Leben, Litauen meldete sich schon kurz nach dem deutschen Einmarsch „judenfrei“.

Doch so prägnant sein Fazit auch ist, hier verschenkt der Autor einiges, wenn er die Erkenntnisse der Detailstudien nicht weiter zusammenfassend vertieft. Auch die Fußnoten bieten leider kaum mehr als Quellenangaben, wo man sich mehr Details erhoffte. Insgesamt aber liegt hier ein äußerst lesenswertes Buch vor, dass dem Leser viele Überraschungen bringen wird. Selten wird so viel historisches Wissen auf so knappem Raum vermittelt.

Rolf Dieter Müller: An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim „Kampf gegen den Bolschewismus“ 1941-1945, Ch. Links Verlag, Berlin 2007, 280 Seiten, 24,90 Euro



Nationalsozialismus

R.-D. Müller: An der Seite der Wehrmacht

Rezension von Rüdiger von Dehn



Autor: Müller, Rolf-Dieter. Titel: An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ 1941-1945. Ort: Berlin. Verlag: Christoph Links Verlag Jahr: 2007 ISBN: 978-3861534488. Umfang/Preis: 280 S.; € 24,90.

Es sei zu viel verlangt, dass Russen in Frankreich für Deutschland gegen Engländer und Amerikaner kämpfen sollen – so Generalleutnant Karl-Wilhelm von Schlieben während der Kämpfe in der Normandie 1944. Was aber war von Finnen, Franzosen oder Esten zu erwarten, die 1941 bis 1945 an der Seite der Wehrmacht an Adolf Hitlers „Kreuzzug“ gegen den Bolschewismus teilnahmen? Rolf-Dieter Müller gibt darauf in recht beeindruckender Weise eine Antwort. Schon nach den ersten Seiten wird deutlich, dass der Zweite Weltkrieg noch längst nicht „ausgeforscht“ ist, wenngleich diese Annahme auf den Gängen einzelner Historischer Seminare immer wieder zu vernehmen ist.

Drei große Teilbereiche reichen dem Leiter des Serienwerkes „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ und Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin aus, um dieses komplexe Thema auf ein sachgerechtes Fundament zu stellen. So werden nach einer knappen Überblicksdarstellung des „Unternehmens Barbarossa“ die ab 1941 mit an der Ostfront stehenden Verbündeten des Deutschen Reiches thematisiert, von deren Einsatz Hitler selbst nicht viel hielt. Dennoch erstreckte sich der Kreis der Mitkämpfer über ganz Europa und reichte von Finnland bis nach Kroatien. Erstgenannte konnten sich dabei einer besonderen Wertschätzung Berlins erfreuen, die vom Glauben an eine deutsch-finnische Waffenbrüderschaft getragen wurde. Müller beschreibt sodann die Meldung von Freiwilligen aus den neutralen und besetzten Gebieten. Auch Soldaten von der iberischen Halbinsel, aus Belgien und aus Norwegen trugen diesen Teil deutscher, vor allem aber europäischer Militärgeschichte. Betrachtungen zu den osteuropäischen Nationen im Kampf gegen den Stalinismus runden den Band von Müller ab.

Besonders aufschlussreich sind hierbei die Darstellungen zu den baltischen Staaten und zur gesellschaftlichen Position der Deutschbalten. Die Nachkommen letzterer werden es Müller verzeihen, dass er für das Jahr 1939 deren „Abzug“ feststellt (S. 154). Nichtsdestotrotz: Insgesamt wirkt die gewählte Gliederung sehr überzeugend. Vor dem machtpolitischen Hintergrund des Angriffskrieges im Osten führt sie den Leser von den deutschen Verbündeten weg und hin zu den Staaten, die die Hilfe für die Wehrmacht als Kampf gegen den Expansionsdrang Stalins und für die eigene Staatlichkeit auffassten. Das breit gefächerte Bildmaterial illustriert dabei die Bedeutung der europäischen Facetten des die Welt umspannenden Krieges, den Müller für die Ostfront unmissverständlich zur Schlacht der Diktatoren erhebt.

Müller geht mit dem Anspruch an das Thema heran, es im Sinne eines Nachschlagewerks aufzuarbeiten. Dem gesetzten Ziel ist er mehr als gerecht geworden, was die zusammengestellten Länderstudien, die unabhängig voneinander gelesen werden können, klar unterstreichen. Komplette Entwicklungen werden aufgezeigt und angerissen, die sich über den Ersten Weltkrieg bis an die Ostfront erstrecken. Wünschenswert wäre es nur gewesen, wenn die Literaturhinweise direkt an den Schluss der jeweiligen Beschreibungen gesetzt worden wären und so der Handbuchcharakter noch besser zum Ausdruck käme. Doch verliert das Werk dadurch sicherlich nicht an Wert. Ergänzt werden die Darstellungen durch passend montierte Auszüge aus Primärquellen, die für sich sprechen und nicht unbedingt einer weiteren Kommentierung bedürfen. Missverständlich ist freilich der Titel des Buches: Sind Italiener oder Ungarn keine Soldaten mehr, wenn sie an der Seite der SS oder der Wehrmacht stehen?

Zu begrüßen ist, dass alle Einzelartikel durch Einführungen zusammengeführt werden, die den drei großen Teilbereichen vorangestellt werden. Bereits an diesen thematischen Drehscheiben des Buches wird deutlich, mit welchen zum Teil völlig unterschiedlichen Motivationen europäische Freiwillige für Deutschland kämpften. Damit ist auch Abschied von dem Klischee zu nehmen, dass die so genannten Helfer der Wehrmacht nicht viel mehr als einfache Kollaborateure gewesen seien. Von Nation zu Nation kann so der Geschichte von Soldaten nachgegangen werden, die heute bisweilen als „verlorenen Söhne“ gelten. Schwerlich führt bei einem Sachkomplex dieser Art der Weg an der militärischen Operationsgeschichte vorbei, die ganz nach der Tradition und dem Stil von „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ ausgestaltet ist. Lesern dieses Reihenwerkes werden die eingefügten Karten jedenfalls bekannt vorkommen.

In drei Thesen fasst Müller sein Fazit über die Rolle der ausländischen Soldaten an der Ostfront zusammen. Dabei überzeugt vor allem die Annahme, dass Hitler ohne die Verbündeten und Freiwilligen im Jahr 1941 wohl kaum bis vor die Tore Moskaus hätte vorstoßen können. Durch finnische Wehrpflichtige im Norden und rumänische Truppen im Süden konnte die Front so abgestützt werden, dass eine Konzentration der Kräfte auf Moskau möglich wurde. Ähnlich klingt der zweite Gedanke, der die Funktion der deutschen Flankensicherung beim Vorstoß in Richtung Wolga und zum Kaukasus im Sommer 1942 umreißt. In einem letzten Punkt stellt Müller heraus, dass nach Stalingrad der totale Zusammenbruch der Ostfront durch den Einsatz der „ausländischen Helfer“ (S. 264) vorübergehend mit verhindert werden konnte. Ergänzt wird dies noch durch den Hinweis auf die mangelnde Mobilität der Wehrmacht im letzten Kriegsjahr, die ohnehin nur noch durch die fast eine Million Freiwilliger der osteuropäischen Völker gewährleistet wurde – und Müller weiß sehr wohl darauf hinzuweisen, dass die „Freiwilligkeit“ in dieser Hinsicht ein relativer Begriff ist. Nach der Lektüre des Werkes liegt der Schluss nahe, dass das beschriebene Phänomen nicht nur als eine Facette der Kollaborationsgeschichte im Zweiten Weltkrieg abgetan werden darf. Die Diskussion über die Kriegsverbrechen und den lettischen Beitrag zum Holocaust sind sicherlich nur zwei Beispiele dafür.

Eigentlich viel zu lange hat die Fachwelt wie auch die interessierte Öffentlichkeit auf diese erste fundierte Beschreibung des Einsatzes von Ausländern in den deutschen Streitkräften an der Ostfront gewartet. Der zuweilen detailreiche Anmerkungsapparat gibt genug Ansatzpunk-

te, um sich in die Thematik weiter einzuarbeiten, deren bisherige Ausblendung im Zusammenhang eines weiter zusammenwachsenden Europas unverständlich erscheint. Nach dem Fall der ideologischen Mauern seit 1989 ist der Weg in die osteuropäischen Archive frei, so dass in den nächsten Jahren noch weitere Aspekte zu diesem Teilbereich der Wehrmachtsgeschichte erwartet werden können. Zu wünschen wäre es, wenn in der gleichen Art und Form alsbald ein weiterer Band zu Hitlers fremden Heeren 1944/45 an der Westfront entstehen würde, um auch diesen Bereich abzudecken. Doch ist abschließend klar festzuhalten, dass Müllers Band in keiner gut sortierten Bibliothek fehlen sollte.

Rüdiger von Dehn, Bergische Universität Wuppertal

DIE ZEIT  24.04.2009

Die Fuvolker der »Endlösung«

Der Fall John Demjanjuk lenkt den Blick auf die Beteiligung von Nichtdeutschen an der Schoah

Kommt er oder kommt er nicht? Diese Frage scheint zurzeit der Hauptfokus zu sein, wenn über John Demjanjuk berichtet wird. Demjanjuk wird vorgeworfen, in seiner Funktion als Wachmann im Vernichtungslager Sobibor in mindestens 29.000 Fällen Beihilfe zum Mord an Juden aus Polen, Holland, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion geleistet zu haben. Nachdem die Ukraine, Polen und Israel signalisiert haben, dass ihrerseits kein Interesse an der strafrechtlichen Verfolgung des aus der Ukraine stammenden Demjanjuk besteht, bemuhnt sich die Münchner Staatsanwaltschaft aufgrund eines Beschlusses des Bundesgerichtshofes um die Auslieferung des 89-Jährigen aus den USA.

Gelingt die Auslieferung, wird es vermutlich zu einem der letzten großen Prozesse gegen einen NS-Verbrecher kommen. Demjanjuk gehörte einer vorrangig aus Nichtdeutschen zusammengesetzten paramilitärischen Polizeieinheit an, die eine tragende Rolle bei der Ermordung von über zwei Millionen Juden während der Aktion Reinhard spielte. Insgesamt wurden im 35 Kilometer von Lublin entfernten SS-Lager Trawniki ungefähr 5000 Männer ausgebildet. Diese Truppe, deren Mitglieder entweder als Trawnikis, Wachmänner oder Hiwis bezeichnet wurden, bestand vorrangig aus Ukrainern, aber auch aus Polen, Letten, Litauern, Esten und sogenannten Volksdeutschen aus der Sowjetunion.

Wie wurden nichtdeutsche Einheiten zum Judenmord motiviert?

Ob es wirklich zu einer Verurteilung Demjanjuks kommt, ist angesichts des Gesundheitszustandes des Angeklagten fraglich. Aber der Prozess bietet die Möglichkeit, ein Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, dem in der Vergangenheit wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde: der Beteiligung von nichtdeutschen Polizei- und Militäreinheiten am Holocaust. Der Hamburger Prozess gegen Karl Streibel, den verantwortlichen deutschen Kommandeur des SS-Ausbildungslagers in Trawniki, und fünf seiner Kompaniefuhrer, das Düsseldorfer Verfahren gegen den Trawniki-Mann Franz Swidersky sowie der Hamburger Prozess gegen den wegen der Erschieung von 30.000 lettischen Juden angeklagten Viktor Arajs blieben weitgehend unbeachtet.

Dabei ermöglicht gerade die Beschäftigung mit den Trawnikis einen interessanten Blick auf das sogenannte Fuvolk der Endlösung. Der vom Historiker Klaus-Michael Mallmann geprägte Begriff umfasst diejenigen Mitglieder von Armeen, Polizeieinheiten, Zivilverwaltun-

gen, Feuerwehren, Forstbehörden und Zollstellen, die nicht an den Schalthebeln der Tötungsmaschinerie saßen, sondern die Ghettos räumten, die Juden in die Züge pferchten, die Vergasungsanlagen betrieben und die Massenerschießungen durchführten. Tatsächlich handelte es sich, angesichts der ethnisch vielfältigen Herkunft, eher um »Fußvölker der Vernichtung«. Zwar bestand die weit überwiegende Anzahl aus Deutschen, aber die Vernichtungsmaschinerie konnte sich vielfach auf Organisationsmitglieder aus anderen »Völkern« stützen.

Gerade weil die Trawniki bei den Ghettoräumungen, den Massenerschießungen und bei der Arbeit in den Vernichtungslagern in Belzec, Sobibor und Treblinka, später auch in Majdanek und Auschwitz, Hand in Hand mit SS-Männern und Polizisten wirkten, wird im Laufe des Gerichtsprozesses gegen Demjanjuk einer der großen Streitpunkte in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust erneut aufgeworfen werden: War die Durchführung des Holocaust aufgrund der Beteiligung »ganz normaler Männer« möglich, die zwar vorrangig aus Deutschland stammten, aber auch aus anderen Ländern rekrutiert wurden? Oder waren es, wie vom amerikanischen Politologen Daniel Goldhagen behauptet, die »ganz normalen Deutschen«, die aufgrund eines tief in ihrer Psyche verankerten »eliminatorischen Antisemitismus« bereitwillig die Möglichkeit zum Massenmord an den Juden aufgriffen?

Während die Führungspositionen in Wehrmacht und Polizei in der Regel mit Karrierebeamten besetzt wurden, die dem Nationalsozialismus positiv gegenüberstanden, wurden nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht am 16. März 1935 die meisten niedrigeren Dienstränge durch Wehrpflichtige besetzt. Neuere Forschungen über die an Massentötungen Beteiligten zeigen, dass diese häufig nicht dem Bild eines antisemitischen Überzeugungstäters entsprechen, sondern durch Zwangsverpflichtungen zur Wehrmacht oder Polizei kamen. Das Verstörende daran ist die Erkenntnis, wie weitgehend problemlos man – über die Einbindung in Organisationen – auch mit einem Personal, das nicht als Massenmörder rekrutiert wurde, die »Bedingungen für einen Massenmord ohne Schuldgefühle« schaffen konnte.

Mitmachen war eine Chance, den Gefangenenlagern zu entkommen

Die Rekrutierung der Trawniki verlief anders als bei den deutschen Einheiten. Peter Black, langjähriger Chefhistoriker in der Dienststelle für Sonderermittlungen gegen NS-Verbrechen im US-amerikanischen Justizministerium, hat herausgearbeitet, dass von der Gründung der Ausbildungsstätte im September 1941 bis zum September 1942 fast alle Trawniki aus Kriegsgefangenenlagern in Lublin, Cholm, Riwne, Biala Podlaska, Bialystok, Schitomir und Grodno rekrutiert wurden. Von den Werbern der SS und der deutschen Polizei wurden dabei vorrangig ehemalige Sowjetsoldaten aus der Ukraine und Deutschstämmige aus dem Wolgagebiet oder aus entlegenen Ortschaften in der Sowjetunion angesprochen. Nachdem durch den Kriegsverlauf und die Zustände in den Gefangenenlagern der Zustrom an geeigneten Kriegsgefangenen verebbte, wurden auch Polen und ukrainische Freiwillige aus Galizien, Podolien und Lublin rekrutiert.

Aus Zeugenaussagen nach dem Krieg kann man schließen, dass bis auf wenige Ausnahmen das Personal nicht direkt zum Eintritt in die Trawniki gezwungen wurde. Gerade bei der Rekrutierung in den Kriegsgefangenenlagern schien es wegen der dortigen katastrophalen Zustände nicht nötig gewesen zu sein, zum Mittel der Zwangsverpflichtung zu greifen. So starben von den knapp 5,5 Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft weit über 3 Millionen an Hunger, Krankheiten oder Strafexekutionen. Angesichts dieser unmittelbaren Bedrohung erschien die Selbstverpflichtung zu den Trawniki als eine Möglichkeit, die eigenen Überlebenschancen zu erhöhen.

Diese Form der Personalauswahl könnte eine Erklärung für eine Brutalität der Trawniki sein, die derjenigen der SS, der Polizeibataillone und Wehrmachtseinheiten kaum nachzustehen scheint. Wenn in Gerichtsverfahren die Einsätze von Trawniki beschrieben wurden, fällt aber auf, dass die Kategorie der Exzesstat häufig nicht nur für einzelne Täter gebraucht wurde,

sondern für ganze Einheiten von Trawnikis. Die Hamburger Oberstaatsanwältin Helge Grabitz, die die Anklage gegen die deutsche SS-Führungsriege der Trawnikis in Hamburg vorbereitete, war erschüttert von den besonderen Grausamkeiten der Trawnikis, die zum Teil »auch nicht nur andeutungsweise« befohlen worden waren. In »sinnloser Zerstörungswut« wurden »Möbel aus den Fenstern geworfen«, »Federbetten aufgeschlitzt« oder »alles kurz und klein geschlagen«. Die »auszusiedelnden« Juden seien »brutal aus ihrer Wohnung getrieben worden«; wer nicht gehfähig war, wurde an Ort und Stelle erschossen.

Wie lassen sich diese Grausamkeiten erklären? In der Regel werden sie auf die Verrohung in den Kriegsgefangenenlagern, den regelmäßigen Alkoholkonsum und die lähmende Furcht vor Vergeltung durch die sowjetischen Truppen zurückgeführt. Diese Erklärungen mögen ihre Berechtigung haben. Übersehen wird jedoch, dass die Auswahlkriterien für die Trawnikis andere waren als beispielsweise bei Angehörigen der Polizeibataillone. Die Grundlage der Anwerbung war eine Anweisung Heinrich Himmlers, Personen zu rekrutieren, die »besonders vertrauenswürdig erscheinen« und daher für den »Einsatz zum Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendungsfähig sind«. Die Werber rekrutierten namentlich Personen, von denen sie vermuteten, dass sie aufgrund ihrer persönlichen, ethnischen oder politischen Geschichte dem nationalsozialistischen Vernichtungsprogramm positiv gegenüberstanden.

Diese Selektionskriterien der Werber korrelierten mit den Selbstselektionsprozessen der Ukrainer, Polen, Letten, Litauer, Esten und Russlanddeutschen, die sich für den Einsatz meldeten. Gewiss spielte die Aussicht, den Gefangenenlagern zu entkommen, eine wichtige Rolle. Bei einigen, darauf weist unter anderem der israelische Historiker und Holocaust-Überlebende Yitzhak Arad hin, schien aber auch ein tief verwurzelter Antisemitismus dabei gewesen zu sein. Gerade bei vielen Ukrainern, die das Hauptkontingent der Trawnikis gestellt haben, mag die Hoffnung hinzugekommen sein, durch Kooperation mit den Nazis einen Beitrag zu einer Unabhängigkeit der Ukraine leisten zu können.

Die Rekrutierung ähnelte der Auswahl für die SS-Totenkopfverbände

Insofern repräsentierten die in Gefangenenlagern rekrutierten Wachmänner eben gerade nicht den Durchschnitt der männlichen Bevölkerung ihrer Länder, sondern sie wurden zu erheblichen Teilen auch aufgrund ihrer vermuteten positiven Einstellung zum nationalsozialistischen Vernichtungsprogramm in das SS-Ausbildungslager aufgenommen. Die Rekrutierungspraxis der Trawnikis ähnelte – bei allen sonstigen Unterschieden – eher der der SS-Totenkopfverbände und der SS-Verfügungstruppen als der der deutschen Polizei.

Die hier aufgeworfene Perspektive steht im Kontrast zur bisherigen vergleichenden Forschung über deutsche und nichtdeutsche Beteiligte am Holocaust, die in der Regel auf die außergewöhnliche »psychologische Drucksituation« der Hiwis hinweist, die in keiner Form mit dem Druck auf die Mitglieder deutscher Organisationen vergleichbar sei. Viele Fragen sind noch genauer zu klären: Wie genau fand die Rekrutierung der Trawnikis in den Kriegsgefangenenlagern statt? Wie hoch war der Anteil der Personen, die eine Tätigkeit bei den Trawnikis ablehnten? Wie erklärt sich der vergleichsweise hohe Anteil an Deserteuren bei den Trawnikis? Wie war die Beziehung zwischen den vorrangig aus deutschen SS-Männern bestehenden Kompanie- und Bataillonsführern und den nichtdeutschen Wachmännern? Es ist zu hoffen, dass der Prozess gegen John Demjanjuk zur Klärung wenigstens einiger dieser Fragen beitragen kann.

Stefan Kühl ist Professor für Organisationssoziologie an der Universität Bielefeld. Von ihm sind erschienen »The Nazi Connection. Eugenics, American Racism and German National Socialism« (Oxford University Press 2002) und »Die Internationale der Rassisten. Der Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im zwanzigsten Jahrhundert« (Campus Verlag 1997)

Richtige Fragen

Karl Heinz Gräfes Buch über das Baltikum im 20. Jahrhundert und heute

Von Jürgen Tremper



9. Mai 2007: Das Denkmal des sowjetischen Soldaten wurde von der estnischen Regierung aus dem Zentrum der Hauptstadt Tallinn auf einem außerhalb gelegenen Friedhof umgesetzt – Foto: AP

Allzu selten, zumeist nur für Augenblicke, rückt das Baltikum in den Fokus der Weltöffentlichkeit. So Tallinn, die Hauptstadt Estlands, Ende April 2007. In einer Nacht- und Nebelaktion ließ die Regierung des Premierministers Andrus Ansip das Denkmal eines sowjetischen Soldaten vom Stadtzentrum auf einen Kriegerfriedhof am Rande der Stadt umsetzen. Protestdemonstrationen und brutale Auseinandersetzungen der Polizei mit jungen estnischen und russischen Demonstranten heizten national und international das politische Klima auf. 150 Schwerverletzte und ein zwanzigjähriger Toter erschütterten die Ordnung im Lande und störten die Beziehungen Estlands zu Rußland. Vorübergehend stellte die estnische Botschaft in Moskau ihre Arbeit ein. Für die russische Bevölkerung in Estland stand der rund zweieinhalb Meter hohe Bronzesoldat für den Sieg der Roten Armee über Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg. Viele Esten hingegen fühlten sich durch ihn an die jahrzehntelange sowjetische Besatzung nach 1945 erinnert. Einige Jahre zuvor rieb sich die Weltöffentlichkeit die Augen über das burleske Vorspiel dieses Geschehens. Tiit Madisson, rechtsradikaler Bürgermeister in der estnischen Kleinstadt Lihula, hatte das 2002 in Pärnu weggeräumte Denkmal eines SS-Legionärs wieder aufstellen lassen. Nach dessen Entfernung stellte es der neureiche Este Leo Tammiksaar 13 Tage später auf seinem Privatgrundstück in Pärnu samt einem SS-Museum auf.

Kollaborateure

Der Denkmalstreit ist symptomatisch für die »Wiederaneignung der Geschichte« in Estland, Lettland und Litauen. Es geht einerseits um das Tilgen jeder Erinnerung an die militärische Vertreibung der deutschen Okkupanten und ihrer baltischen Helfer durch die Rote Armee und deren baltische Einheiten. Andererseits wird die deutsche Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik im besetzten Baltikum als Weg zu Europa verfälscht. So heißt es, das estnische Volk habe schon immer zu Europa gehört, befinde sich seit 1989 auf dem Weg dorthin. Die Kollabo-

rateure der Nazis erscheinen als Kämpfer für Estlands Freiheit. Die deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg sowie die deutsche Okkupation im Zweiten Weltkrieg als Fortsetzung kolonialer Politik Deutschlands in einem bis dahin beispiellosem Ausmaß wird ausgeblendet. Zugleich behaupten Politiker, Publizisten und Historiker vor allem des rechtsnationalistischen Lagers, die von Rußland verbreitete kommunistische Idee habe »zum Genozid am estnischen Volk« geführt. Wider besseres Wissen und historischer Tatsachen wird die Sowjetperiode verteufelt, die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf zwei Diktaturen und auf zwei Okkupationen reduziert.

In der Wissenschaft kommt es nach Auffassung von Max Weber darauf an, die richtigen Fragen zu stellen. Genau das hat Karl-Heinz Gräfe getan. Nach einer Flut von Einzel- und Spezialdarstellungen legt der Osteuropaexperte nunmehr mit dem Band »Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation« die erste vergleichende Untersuchung vor. Gegenstand des spannenden Buches ist folglich die Geschichte Estlands, Lettlands und Litauens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie die ihrer Beziehungen zu Deutschland und zur Sowjetunion. Der Autor arbeitet zwei Kontinuitätslinien heraus: Erstens die der deutschen Expansions- und Besatzungspolitik gegenüber den baltischen Ländern in Gestalt der Militärverwaltung Ober-Ost 1915 bis 1918 und im Zweiten Weltkrieg in Gestalt des Reichskommissariats »Ostland« 1941 bis 1945. Zweitens die der Stetigkeit antidemokratischer rechtsnationalistischer und faschistischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit, während der Naziokkupation und seit den 1990er Jahren. Im Zentrum der faktenreichen wie auch systematischen Darstellung stehen die Massenverbrechen der deutschen Besatzer an Juden, Kommunisten, Sympathisanten der Sowjetmacht und sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch die Rolle der baltischen Kollaborateure während des Zweiten Weltkrieges.

Staatsideologie

Die drei baltischen Unionsrepubliken lösten sich 1989 aus der zerfallenden UdSSR und kehrten zum bürgerlichen Nationalstaat zurück. Aus »Volksfronten« und Bürgerkomitees entwickelte sich ein breit gefächertes Parteiensystem nach dem Muster der Zwischenkriegszeit. Grundlegend änderten sich auch die Sichten auf baltische Vergangenheiten. Die Neu- und Umschreibung der Nationalgeschichten uferte aus. Die politisch Herrschenden griffen zur historischen Legitimierung ihrer Macht auf nationalistische Personen, Parteien und Organisationen der Diktaturregime der Zwischenkriegszeit, selbst auf faschistische Bewegungen ihrer Länder zurück. Deren Verbrechen werden in nationale Heldentaten umgedeutet, zugleich sickern autoritäre und faschistische Traditionen in gegenwärtige Politik und Kultur ein. Die von Emigrantenkreisen verbreiteten Mythen über die zu »Vätern der Nation«, »nationalen Patrioten« und »Freiheitskämpfern« stilisierten Diktatoren Konstantin Päts (Estland), Karlis Ulmanis (Lettland) und Antanas Smetona (Litauen) erhielten – so schlußfolgert der Autor – den Status offizieller Staatsideologie. Diese Geschichtspolitik der seit 1989 Regierenden vertieft ohne Zweifel die nationale und soziale Spaltung der Völker im Baltikum.

Gräfe entwirrt in seinem ebenso brisanten wie auch mutigen politischen Buch äußerst verwickelte Vorgänge. Er vertraut der gründlichen Analyse der historischen Fakten und Zusammenhänge und entdeckt so die wahre Geschichte der baltischen Region im gewaltlastigen 20. Jahrhundert. Er nutzt das Material für seine Kritik an baltischen Historikern und deren Geschichtssichten und plädiert für Vielschichtigkeit. Seine kolossale Rechercheleistung und der enorme Informationswert dieser Studie zeigen sich nicht zuletzt in einem verifizierten Personenverzeichnis von Kollaborateuren und Okkupationsfunktionären, ergänzt durch 37 Kurzbiografien. Die Publikation ist ein Beleg dafür, welche wegweisende Rolle der Historiker spielen kann, wenn er weder in der Rolle des Therapeuten noch in der des Anklägers agiert.

Karl Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz – Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation. Edition Organon, Berlin 2010, 511 Seiten, 25 Euro * ISBN 978-3-931034-11-5

BALTISCHE RUNDSCHAU 07.03.2010
DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG AUS DEM BALTIKUM - FÜR DIE WELT

Russlands Geheimdienst legt Dokumente über Nazi-Helfershelfer im Zweiten Weltkrieg offen



MOSKAU (RIA Novosti) – Der Kampf der sowjetischen Sicherheitskräfte gegen die nationalistischen bewaffneten Formationen sowie deren Kollaboration mit dem Nazi-Regime während des Zweiten Weltkrieges sind Themen einer Ausstellung, die ab Mittwoch im Moskauer Kulturzentrum des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) zu sehen ist.

Wie der Sprecher des Zentrums RIA Novosti mitteilte, werden bei der Ausstellung erstmals Dokumente gezeigt, die von der Kollaboration ukrainischer nationalistischer Organisationen mit den Nazis und dem deutschen Geheimdienst sowie von den Vergeltungseinsätzen der nationalistischen Organisationen des Baltikums gegen die Zivilbevölkerung in den von Hitlerdeutschland okkupierten Gebieten zeugen, sagte der Sprecher.

Am Rande der Ausstellung findet im Kulturzentrum eine Rundtisch-Konferenz zum Thema „Die Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg. Verräter oder Helden?“ statt.

...

Neues Deutschland 10.04.2010

Geschichte

Kollaboration vor der Kollaboration

Verordnete Wiederaneignung der Geschichte im Baltikum mit der Mär zweier Diktaturen

Von Horst Schützler

Nach dem Ende des Staatssozialismus in der Sowjetunion und den anderen ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern, einschließlich der DDR, ging in deren Nachfolgestaaten eine vehemente Umwertung der Vergangenheit vor sich. Vertieft man sich in ein jüngst erschienenenes, umfangreiches Buch mit dem Titel »Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz«, so wird diese Umwertung für Estland, Lettland und Litauen erschreckend präsent. Karl-Heinz Gräfe, Osteuropahistoriker, verdeutlicht, dass diese »Wiederaneignung der Geschichte« mit einer kaum zu überbietenden Vehemenz geschieht, um Staatsbewusstsein zu begründen und antikommunistische und antirussische Ressentiments wach zu halten. Dabei sei die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit mancher Vorgänge konzediert.

Gräfe blickt in vergleichender Sicht, gestützt auf eine intensive Auswertung der reichlich vorhandenen historischen Literatur und Dokumentenveröffentlichungen (in Deutsch, Englisch und Russisch), zunächst auf die Geschichte dieser Länder in der Zwischenkriegszeit der 20er und 30er Jahre, in denen sich diese von parlamentarischen Regierungsformen hin zu Diktaturen und starken faschistischen Bewegungen wandelten. Dann erfasst er die baltischen Länder im sowjetischen Einflussbereich, ausgehend von dem umstrittenen Geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939, der erpressten Errichtung sowjetischer Militärstützpunkte im September/Okttober 1939 sowie der militärischen Besetzung im Juni 1940. Er übergeht nicht die Verfehlungen, Verfolgungen und Repressionen der Sowjetmacht in der Auseinandersetzung mit ihren wirklichen und vorgeblichen Feinden.

Die faschistische deutsche Okkupation, die Kollaboration beträchtlicher Teile der Gesellschaft und der Massenmord an Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen und Anhängern und Repräsentanten des Sowjetsystems sowie der Aufbau und die Handlungen des antisowjetischen Untergrunds, der »Waidbrüder«, die bis Anfang der 50er Jahre (in Litauen) dauerten, stehen im Zentrum der Untersuchung. Gräfe lässt keinen Zweifel daran, dass die Okkupationsmacht die maßgeblich ausführende Kraft der Verbrechen war. Er verdeutlicht aber, dass es starke, in der Zwischenkriegszeit herangewachsene nationalistische und faschistische Gruppierungen gab, die nun mit der Okkupationsmacht zusammenarbeiteten, im zivilen und militärischen Bereich – bis hin zur Etablierung von litauischen Generalräten, einem Lettischen Generaldirektorium, einer Estnischen Selbstverwaltung sowie Selbstschutz-, Heimschutz- und Grenzschutz-Regimentern sowie SS-Legionen. Sie begingen sogar schon vor dem Einmarsch der deutschen Einheiten Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung – »Kollaboration vor der Kollaboration«

Gräfe konstatiert auf der Grundlage weitgehend gesicherter Feststellungen: Mit der dreijährigen deutschen Kolonial- und Vernichtungspolitik im Baltikum wurden nicht nur Wirtschaft, Kultur und Natur zerstört und ausgeplündert, sondern wurde massenhaft menschliches Leben ausgelöscht – nahezu die gesamte jüdische Bevölkerung (über 280.000 Menschen), dazu zehntausende Juden aus Deutschland und anderen Ländern, die in baltische Vernichtungslager deportiert wurden. Fast eine halbe Million sowjetische Kriegsgefangene, mehrere zehntausend litauische, lettische, estnische, russische, polnische und weißrussische Zivilisten verloren ihr Leben durch Massenerschießungen, Zwangsarbeit und Aushungerung.

Mitschuld an diesem Massenmord trugen auch jene 150.000 Letten, 90.000 Esten und 50.000 Litauer, die in den polizeilichen und militärischen Formationen der Besatzungsmacht dienten, sowie zehntausende Beamte und Angestellte der Kollaborationsverwaltungen. Von diesen Kollaborateuren bezahlten Tausende am Kriegsende mit dem Leben, Tausende andere entzogen sich der Verantwortung durch die Flucht nach Skandinavien und Deutschland und von dort nach den USA, Kanada und Australien. Viele tauchten im Lande unter bzw. gingen in den bewaffneten Untergrund.

Gräfe befindet sich mit seinen Faktendarlegungen und Wertungen in mutiger Konfrontation zur »Wiederaneignung der Geschichte«, wie sie in den drei baltischen Staaten, behördlich gestützt, von Historikern, Okkupationsmuseen, Denkmalschändern und Medien betrieben, aber

nicht von allen (besonders aus dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung) hingenommen wird.

Hier wird die Zwischenkriegszeit als »demokratisch« gepriesen, werden Diktatoren zu »Vätern der Nation« und Kollaborateure zu »nationalen Patrioten« und »Freiheitskämpfern« gegen den Kommunismus erkoren. Hingegen werden Kämpfer gegen die faschistischen Okkupanten und ihre Helfer als »Feinde der Nation« und »sowjetische Kollaborateure« gebrandmarkt. Die Beteiligung an Massenmorden wird geleugnet bzw. kleingeschrieben. 50 Jahre Geschichte werden als Okkupation unter zwei totalitären Diktaturen erfasst: 1940/41 sowjetische, 1941/45 deutsche und 1945 bis 1990 wieder sowjetische. Gegen diese verordnete »Aneignung der Geschichte« gibt es international Widerspruch und Widerstand, nicht zuletzt aus Russland, das eine finanzielle Entschädigung für die Jahre der »sowjetischen Okkupation« in Höhe von insgesamt 395,5 Milliarden US-Dollar (!) begleiche soll.

Gräfe hat ein fundiertes Buch gegen verordnete Geschichte vorgelegt. Andere sollten ihm folgen.

Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnergkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation. Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Hg. v. Werner Röhr. Band 6. Edition Organon, Berlin 2010. 511 S., 25,- €.

Prof. Gräfe stellt sein Buch am Dienstag, dem 20. April, um 19 Uhr im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin (Friedrichstr. 176/179, R. 611) vor.



09.05.2010

65 Jahre Kriegsende:

Europarats-Generalsekretär warnt vor Geschichtsverdrehung

MOSKAU, 09. Mai (RIA Novosti). Am 65. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion und ihrer Alliierten über Nazi-Deutschland warnt Europarats-Generalsekretär Torbjörn Jagland vor Versuchen, die Geschichte des Zweiten Krieges zu verdrehen.

Er lasse den Europarat nicht in derartige Geschichtsverdrehungen verwickeln, sagte Jagland auf einer Pressekonferenz in Moskau. „Fakt ist, dass der Krieg ohne die Leiden und den Beitrag der sowjetischen Truppen und des sowjetischen Volkes nicht zu gewinnen gewesen wäre.“



Allein bei den Befreiungskämpfen in Nord-Norwegen habe die Rote Armee 1944 mehr Soldaten als Norwegen während des ganzen Krieges verloren, sagte Jagland, der von 1996 bis 1997 Ministerpräsident von Norwegen war. „Das ist nur ein kleines Beispiel dafür, was historische Wahrheit ist.“

Im Januar hatte der damalige ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko den einstigen Chef der Organisation ukrainischer Nationalisten, Stepan Bandera, mit dem Titel „Held der Ukraine“ geehrt. Diese Organisation kollaborierte während des Krieges mit den Hitler-Truppen und setzte sich zum Ziel, gegen Juden, Russen und Polen zu kämpfen. In Lettland werden die früheren Legionäre der Waffen-SS als Helden geehrt. Der Gründungstag der lettischen SS-Legion galt dort bis 2001 sogar als Staatsfeiertag.

jetzt.de

27.05.2010

Auf der Jagd

Ein Besuch bei Efraim Zuroff, der von Jerusalem aus weltweit nach NS-Verbrechern sucht. Im Auftrag des Simon Wiesenthal Centers will er sie vor Gericht bringen.



Efraim Zuroff – Bild: ap

Durch das Büro muss man sich schlängeln, besonders wenn man so groß ist wie Efraim Zuroff, doch zwischen der Wohnküche mit Kopiergerät und dem altmodisch-eierschalenfarbenen Badezimmer hält er trotzdem inne. Für die große Geste. „Wahrscheinlich das beste Archiv zur Strafverfolgung von NS-Verbrechen weltweit!“ Einen Tick leiser, und man hätte sich vielleicht gar nicht darüber gewundert.

Nicht, dass man ihm das nicht glauben würde. Warum allerdings muss einer, den sie nach 30 Karrierejahren den „letzten Nazijäger“ nennen und zuletzt in Serbien für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen haben, heute noch so aufschneiden? Dass er zur Geschichte des Holocausts promoviert hat, streut er anschließend noch ein, während er etwas jugenhaft im Sessel hin und her wippt. Für Journalisten lieber einmal zu oft. Nachlesen lässt sich das natürlich auch in seiner neuen Autobiografie. Die übrigens bereits die zweite ist.

Seit 24 Jahren leitet Efraim Zuroff, 62, von diesem Büro aus die weltweiten Bemühungen des privaten Simon Wiesenthal Centers, bislang unbehelligte NS-Verbrecher vor Gericht zu brin-

gen. Man kann über diese Karriere sagen, dass die leisen Sohlen des Detektivs nie seine Sache waren. Man kann sich aber fragen, ob nicht gerade darin ein Teil seines Erfolgs begründet liegt.

Zuroff, der Lautsprecher, hat Österreich einmal einen „Rückzugsraum für NS-Verbrecher“ genannt, so meint man sich zu erinnern. „Nein, ein Paradies für NS-Verbrecher!“ korrigiert er. Breiter New Yorker Akzent, schelmisches Lachen. „So lautet mein berühmtes Zitat!“

Anlass war damals eine seiner schmerzhaftesten Niederlagen. Als Erna Wallisch starb, jene mutmaßliche „KZ-Hexe“ von Majdanek, die in Österreich in Frieden alt werden durfte, überschlug sich Zuroffs Stimme fast am Telefon. Jahrzehntlang hatten die österreichischen Behörden sich geweigert, Erna Wallisch nach Polen auszuliefern, wo ihr der Prozess gemacht werden könnte. Erst im Jahr 2008 war Zuroff das geglückt, was die Österreicher nicht mehr versucht hatten: Er spürte fünf hochbetagte polnische Zeugen auf, die zu einer Aussage gegen ihre einstige Peinigerin bereit waren. Kaum einen Monat später „entzog“ sich Wallisch endgültig ihrer Bestrafung, wie Zuroff sagt. Als er im vergangenen Jahr erfuhr, dass der berühmte KZ-Arzt von Mauthausen, Aribert Heim, wahrscheinlich bereits seit Jahren tot war, gab es wieder einen solchen Moment. Ein Kamerateam des ZDF hatte sich in Zuroffs Jerusalemer Büro gezwängt. Jahrelang war er Aribert Heim auf der Spur gewesen, zuletzt in Südamerika, dahinter stets Journalisten aus aller Welt. Nun enthüllten die ZDF-Reporter, dass der KZ-Arzt wahrscheinlich bereits 1992 an Krebs gestorben war. In Kairo! „Ich hoffe, er hat gelitten“, platzte es aus Zuroff heraus.

Natürlich, diese Arbeit sei sehr frustrierend, sagt er und dreht seine kleine, gehäkelte Kippa langsam in den Händen. Die allermeisten Täter haben ihr Leben unbehelligt zu Ende leben können, und auch in den wenigen Fällen, in denen dies anders war, blieben die irdischen Strafen im Grunde lächerlich. Immerhin, dass die historische Wahrheit noch einmal ins öffentliche Bewusstsein komme, sei schon eine Befriedigung, sagt Zuroff. Zudem scheint er seine Frustration inzwischen aber auch recht geschickt zu ventilieren.

Der Leiter der Ludwigsburger Zentralen Stelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen, Ludwig Schrimm, ist ein geduldiger Gesprächspartner, bei diesem Thema braust er jedoch auf: Seit einigen Jahren vergibt das Wiesenthal Center jährlich zum israelischen Schoah-Gedenktag im April „Schulnoten“ für die Bemühungen der Justiz in verschiedenen Ländern. Per Pressemitteilung. Danach bekommt Zuroff meist Gelegenheit, seine Kritik in Interviews zu präzisieren. „Ich spreche Herrn Zuroff die Kompetenz ab, unsere Arbeit zu bewerten“, sagt Ludwig Schrimm auffallend schnell.

Natürlich ist Zuroff nicht weniger kompetent als viele andere Beobachter, die der deutschen Justiz jahrzehntelange Untätigkeit attestieren – aber die staatlichen Ermittler zu solchen Reaktionen zu reizen? Man muss das tatsächlich erst einmal schaffen. Zuletzt hat sich die Note für Deutschland deutlich verbessert, von „Ungenügend“ im Jahr 2007 auf ‚Sehr gut‘ in diesem Jahr. „Ich möchte natürlich gerne glauben, dass unsere Kritik etwas zu dieser Trendwende beigetragen hat.“ Zuroff achtet darauf, dass die Worte einsinken, bevor er weiterspricht. „So energisch, wie dies abgestritten wird, scheint mir die Kritik zumindest nicht ganz auf taube Ohren gestoßen zu sein!“ Die großen Gesten haben über die Jahre sicher nicht geschadet.

Im Sommer 2008 flog Zuroff nach Österreich, um medienwirksam darauf aufmerksam zu machen, dass an der vermeintlichen Verhandlungsunfähigkeit eines hochbetagten NS-Verdächtigen Zweifel bestünden. Nachdem die Behörden einen neuen Gutachter bestellt hatten, rutschte einem Sprecher am Telefon heraus, nun müssten endlich auch ‚die Herrschaften Zuroff‘ zufrieden sein.

Zuroffs Eltern wünschten sich von ihrem Sohn eigentlich, dass er ein Rabbiner werde wie der Großvater, seine Entscheidung für ein Geschichtsstudium war da eine kleine Enttäuschung. „Und heute laufe ich selbst herum und sage den Leuten, was sie tun sollen“, sagt er lachend. „Das könnte doch kein Rabbi schöner!“

Tatsächlich war der Großvater nicht irgendein Rabbiner, sondern ein Universitäts-Dekan in New York, der Sohn ächzte unter dem Erwartungsdruck der Familie. Als er früh nach Israel auswanderte, hörte man zunächst nur noch wenig von ihm. Für das amerikanische Justizministerium forschte Zuroff in den Holocaust-Archiven in Jad Vaschem – die historischen Strafverfahren, an denen er mitarbeiten wollte, blieben jedoch aus.

Den US-Behörden fehlte die rechtliche Zuständigkeit, um letztlich ‚europäische‘ Verbrechen zur Anklage zu bringen, den Europäern fehlte oft der politische Wille, und so quittierte Zuroff als 38-Jähriger entnervt den Staatsdienst und überzeugte das Wiesenthal Center, ihn stattdessen mit politischer „Lobbyarbeit“ gegen die allgemeine Antriebslosigkeit zu beauftragen. „Vielleicht hatte ich auch nicht das richtige Naturell für die diplomatischen Redebeschränkungen eines Regierungsbeamten“, sagt er und grinst.

Zu den echten Rabbis und den jüdischen Gemeinden ist das Verhältnis schwierig geblieben. Als Zuroff im Jahr 2004 zum ersten Mal nach Lettland kam, stellte er sich der Öffentlichkeit mit einer großen Pressekonferenz vor – wobei der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Lettlands, der als Gastgeber an seiner Seite saß, zunächst nur schwieg und dann immer kleiner wurde. Zuroff hielt Fotos ausgemergelter Menschen im Ghetto von Riga in die Höhe. Die Bilder würden als Zeitungsanzeigen im ganzen Land erscheinen, erklärte er. „Lettische Kollaborateure halfen den Nazis, 100.000 Juden zu ermorden“, stand dort in dicken Buchstaben. Darunter das Versprechen einer Belohnung: 10.000 Dollar für jeden Hinweis, der zur Ergreifung eines lettischen NS-Verbrechers führt.

Was Zuroff als demonstrativen Schulterschluss mit der örtlichen jüdischen Gemeinde geplant hatte, verwandelte sich vor den Augen der Journalisten in einen offenen Streit: Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zog seine Unterstützung Zuroffs zurück und stellte klar, dass Lettlands jüdische Bürger nichts zu tun hätten mit dieser Kampagne.

Zuroff findet auch bei solchen Sätzen keinen weicheren Ton: „Ich kann mir diesen plötzlichen Sinneswandel nur mit der Befürchtung erklären, dass unsere Kampagne eine neue Welle des Antisemitismus in Lettland auslösen würde.“ Er macht eine Rechnung auf. Das Risiko, in Lettland eine kleine Menge Antisemitismus zu ‚verursachen‘, wie er sagt, sei es dem Wiesenthal Center allemal wert gewesen, wenn man Geschichtsfälschern im Baltikum langfristig einen Schlag versetzen könne.

Das sagt einer, der anschließend zurück ins warme Israel flog, wo die Zeitungen ihn mögen, er als angesehener Bürger und inzwischen als Großvater in einer Siedlung im Westjordanland lebt und wo jüdische Friedhöfe, anders als in Europa, keinen Graffiti-Entferner vorrätig zu halten brauchen. Der Vorkämpfer, der selbst im Trockenen sitzt – im Baltikum nahmen sie ihm das übel.

Der deutsche Zentralrat der Juden ließ es Zuroff gar nicht erst versuchen, in Deutschland eine ähnliche Anzeigenkampagne zu starten. Vor allem gegen die Idee eines „Kopfgelds“ verwahrte man sich. So nennt Stephan Kramer, der Generalsekretär des Zentralrats, die Belohnung für sachdienliche Hinweise, die das Wiesenthal Center ausloben wollte. „Der große Stephan Kramer“, spottet Zuroff.

Er lehnt sich nach vorne und spricht jetzt ganz langsam, als erkläre er das kleine Einmaleins der Öffentlichkeitsarbeit: Ohne das Geld wäre dieser Kampagne nie eine vergleichbare Aufmerksamkeit in den Medien zugekommen. Selbst die kurzfristige aufgeregte Debatte sei ihm da durchaus zupass gekommen, glaubt einer, der ihn seit langem kennt.

Aus Estland, Lettland und Litauen erreichten das Wiesenthal Center damals tatsächlich Hunderte Briefe mit Zeugenaussagen, meist handschriftlich, oft seitenlang. Auf eine Belohnung verzichteten fast alle.

In insgesamt 101 Fällen sind auf diese Weise in ganz Europa Informationen gesammelt worden, die das Wiesenthal Center für ausreichend stichhaltig hielt, um einen bislang unbehellig-

ten Verdächtigen anzuklagen. In allen 101 Fällen wurden die Hinweise an die zuständigen Behörden weitergeleitet.

„Im Nachhinein betrachtet, wäre es vielleicht richtig gewesen, die Kampagne zu unterstützen“, sagt Stephan Kramer vom Zentralrat der Juden heute. „In der Zwischenzeit hat es ja einige neue Beispiele dafür gegeben, dass es nicht zu spät ist, um in Deutschland Täter vor Gericht zu bringen. Vielleicht wären es dann heute mehr.“

„Was für ein tolles Timing!“ ruft Zuroff, als er das hört und freut sich über seinen eigenen Witz. „Als wir Kramer brauchten, war er nicht da. Aber jetzt sind plötzlich alle auf unserer Seite.“ Es klingt nicht, als hätte er darauf gewartet.

RON STEINKE

 die tageszeitung

15.11.2010

Nach Kriegsende in die USA

Wie die CIA Naziverbrecher schützte

Lange wurde er unter Verschluss gehalten. Jetzt zeigt ein Bericht, wie die USA zum Zufluchtsort für NS-Schergen wurde. Er räumt auch mit alten Zahlen auf.

VON DOROTHEA HAHN



Von allem kann sich die CIA nicht reinwaschen. – Foto: dpa

WASHINGTON *taz* | „Entwurf“ ist in großen Lettern auf jede Seite des Berichts gestempelt. Der Text unter dem Stempel ist zu weiten Teilen gelöscht. Die Namen, die Orte, die Zahlen sowie zahlreiche Details über die Nachkriegs-Zusammenarbeit zwischen CIA und hochrangigen NS-Verbrechern sollten geheim bleiben. „Personenschutz“, begründete das Justizministerium in Washington die Zensur. Erst durch eine Klage des National Security Archive und durch eine Veröffentlichung der *New York Times* sind an diesem Wochenende Einzelheiten bekannt geworden.

Der Bericht über den Umgang mit NS-Verbrechern, die nach Kriegsende in die USA gekommen sind, war im Jahr 1999 von Justizministerin Janet Reno in Auftrag gegeben worden. Im Jahr 2006 legten Mark Richard und Judy Feigin, juristische Mitarbeiter des US-Ministeriums, die fertige Arbeit vor.

Ihr 600 Seiten langer Text beschreibt unter anderem, wie die CIA den Eichmann-Mitarbeiter Otto von Bolsching, der den Plan zur „Endlösung“ mit entwickelt hat, und den Raketenforscher Arthur L. Rudolph, der als Leiter der Mittelwerk-Rüstungsfabrik im Harz KZ-Insassen zu Tode schuftete ließ, geschützt hat. Und wie die CIA als Begründung dafür „nationale Interessen der USA“ geltend gemacht hat. Zugleich stellt der Bericht fest, dass die Zahl der Nazis, die nach Kriegsende in die USA gekommen sind, wahrscheinlich deutlich niedriger war als die bislang angenommenen 10.000 Personen.

„Amerika, das stolz darauf ist, eine sichere Zuflucht für Verfolgte zu sein, ist – in einem kleinen Rahmen – auch ein Zufluchtsort für Verfolger“, heißt es. Der Bericht beschreibt eine „Kollaboration zwischen US-Regierung mit Verfolgern“. Die Forscher stellen fest, dass die USA „wissentlich“ NS-Verbrecher aufgenommen haben. Und sie zitieren, wie die CIA Verhaltensregeln für den Fall des Auffliegens von NS-Verbrechern entwickelt hat. CIA-Vorschläge: Leugnen oder mildernde Umstände geltend machen.

Doch die große Öffentlichkeit sollte jahrelang nichts von dem Bericht erfahren. Das Justizministerium hielt ihn unter Verschluss. Der im vergangenen Jahr an Krebs gestorbene Co-Autor Mark Richard hat bis wenige Tage vor seinem Tod vergeblich auf die Veröffentlichung gedrängt. Das Justizministerium behauptete, der seit 2006 nicht mehr bearbeitete Text sei lediglich ein „Entwurf“ und „unfertig“.

Erst nach einer Klage des National Security Archive, das sich unter anderem auf das Recht auf Informationsfreiheit beruft – Archivdirektor Tom Blanton: „Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen“ –, gab das Ministerium einen kleinen Teil des Berichts frei. Auf einigen Seiten sind allerdings mehr als 80 Prozent des Textes gelöscht. David Sobel, der Anwalt des Archivs, der die Klage auf Veröffentlichung einreichte: „Jetzt, wo wir das ganze Dokument kennen, wissen wir, dass das Justizministerium ohne legale Berechtigung Informationen zurückhält.“

Jetzt hat die *New York Times* einige der zensierten Details veröffentlicht. Darin beschreibt der Bericht, wie das US-Justizministerium im Jahr 1997 den „unwiderlegbaren Beweis“ gefunden habe, um die Schweiz wegen des Kaufs von Gold jüdischen Opfern zu beschuldigen. So bezeichnet der Bericht die Gespräche zwischen USA und Lettland aus dem Jahr 2000 über die Verfolgung von NS-Verbrechern als „scheußliches Versagen“.

Und so erwähnt der Bericht, dass ein Direktor der Abteilung OSI (Office of Special Investigation) im US-Justizministerium jahrelang ein Stück Kopfhaut des NS-Verbrechers Josef Mengele in einer Schublade in Washington aufbewahrt hat. Die Kopfhaut sollte als Beleg dafür dienen, dass Mengele tatsächlich im Jahr 1979 in Brasilien gestorben war.

einestages Zeitgeschichten auf **SPIEGEL ONLINE** 16.11.2010

Nazis in den USA

Teufelspakt mit Hitlers Schergen

Sie waren nützlich, darum scherte man sich nicht um ihre Vergangenheit. Die USA haben mit einstigen Nazis kooperiert – in aller Klarheit zeigt das nun ein Report des Justizministeriums. Der Bericht war jahrelang unter Verschluss und beleuchtet ausführlich wie nie, wie intensiv die Zusammenarbeit lief.

Von Marc Pitzke

Sein Job erfordert Zähigkeit, Erfindungsreichtum und einen gewissen Sinn fürs Makabre. Eine Zeitlang bewahrte Eli Rosenbaum in Ausübung seines Dienstes ein Stück vom Skalp des Auschwitz-Arzt Josep Mengele auf – in seiner Schreibtischschublade. Das US-Sonntagsmagazin „Parade“ nennt Rosenbaum, 55, den „letzten Nazi-Jäger“. Seit 1995 ist er Direktor des Office of Special Investigations (OSI) in Washington: jene Abteilung im US-Justizministerium, die geflohene Kriegsverbrecher aufspürt, vor allem untergetauchte Nazis.

Ein interner Bericht enthüllt nun, womit sich seine Spezialtruppe im Detail beschäftigt. 617 Seiten umfasst der Report, vier Jahre lang hat das Justizministerium ihn unter Verschluss gehalten. Im vergangenen Monat gab es auf juristischen Druck eine weitgehend geschwärzte Version heraus – und nun hat die „New York Times“ den Bericht in voller Länge ins Internet gestellt. Er dokumentiert in seltener Ausführlichkeit die Zusammenarbeit von US-Behörden mit einstigen Nazis.

Während das OSI rastlos versuchte, NS-Schergen zu identifizieren und des Landes zu verweisen, nutzten andere US-Behörden die einstigen Nazis gern als Spitzel und Informanten. Die CIA deckte sie im Kalten Krieg, und bereitwillig stellten Adolf Hitlers einstige Vasallen ihr Fachwissen in den Dienst der „nationalen Sicherheit“.



Foto: AP

Der „Nazi-Jäger“: Eli Rosenbaum, seit 1995 Direktor des Office of Special Investigations (OSI), in seinem Büro in Washington D.C. vor einer Europakarte, auf der eingezeichnet ist, wo die Nazis Gräueltaten begangen haben. Seit mehr als drei Jahrzehnten geht das OSI gegen Kriegsverbrecher vor.

Kompromiss oder Teufelspakt

„Amerika, das sich als sicherer Hafen für die Verfolgten rühmte, wurde – in einem kleinen Maße – auch ein sicherer Hafen für die Verfolger“: So lautet der zentrale Satz des Reports, tief versteckt im Mittelteil. „Manche mögen diese Kollaboration der Regierung mit den Verfolgern als faustischen Teufelspakt betrachten. Andere werden sie als einen akzeptablen moralischen Kompromiss sehen, der aus der Notwendigkeit geboren wurde.“

Dass es eine Kooperation zwischen US-Regierungsstellen und ehemaligen Nazis gab, ist im Grundsatz nicht neu. Bekannt ist der Fall des Raketenforschers Wernher von Braun, der später bei der Luft- und Raumfahrtbehörde NASA Karriere machte. Er hatte es mit der „Operation Paperclip“ („Operation Büroklammer“) in die USA geschafft – ebenso wie der SS-Funktionär Arthur Rudolph. Er hatte die unterirdische Rüstungsfabrik des KZ Mittelbau-Dora in Thüringen geleitet, wo Häftlinge mit deutschen Ingenieuren an geheimen Waffen wie der V2 bauten. Rudolph kam im Dezember 1945 nach Amerika und wurde 1954 Staatsbürger. Von 1961 bis zu seiner Pensionierung 1969 arbeitete er für die NASA, wo er maßgeblich an

der Konstruktion der „Saturn 5“-Trägerrakete beteiligt war, die 1969 erstmals Menschen auf den Mond brachte. Rudolph wurde dafür von der NASA sogar ausgezeichnet.

SS-Verbrecher bei der CIA

Das OSI erfuhr dem Bericht zufolge von Rudolphs Nazi-Vergangenheit „nur zufällig“. Die Behörde versuchte daraufhin, an dem inzwischen prominenten Nasa-Mann ein Exempel zu statuieren, und zwang ihn, die USA zu verlassen. Rudolph kehrte 1984 nach Deutschland zurück – doch er blieb der einzige „Paperclip“-Wissenschaftler, der vom OSI belangt wurde.

In einem anderen Fall soll das Justizministerium selbst die Nazi-Vergangenheit eines CIA-Mitarbeiters vertuscht haben. Tschirim Soobzokow, Ex-Mitglied der Waffen-SS, sei noch 1980 vom Ministerium reingewaschen worden – obwohl er „die CIA schon nach seiner Ankunft in den USA über seine SS-Verbindung informiert hatte“.

Soobzokow hatte seit 1955 in den USA gelebt und war 1961 US-Bürger geworden. Trotz vieler Gerüchte und Berichte über seine SS-Verbrechen scheiterte das OSI vor Gericht bei dem Versuch, ihn auszuweisen. Soobzokow starb 1985 bei einem Bombenanschlag auf sein Haus in New Jersey.

Systematisch als Quelle genutzt

Dem neuen Report zufolge nutzten die USA aktenkundige Nazi-Kollaborateure „systematisch als Geheimdienstquellen“. Das habe vor allem für die CIA und das Counter Intelligence Corps (CIC) gegolten, die frühere Gegenspionageabteilung der US-Armee. Das CIC habe es im Namen nationaler Sicherheit als „gerechtfertigt betrachtet, von moralisch abstoßenden Personen Gebrauch zu machen“.

Als ein Beispiel nennt der Report Edgars Laipeniekis, einen Nazi-Kollaborateur aus Lettland, der am Tod Hunderter Kommunisten beteiligt gewesen sein soll. Laipeniekis kam nach dem Krieg über Chile in die USA, wo er als Trainer für das olympische Leichtathletikteam arbeitete, ohne je die US-Staatsbürgerschaft zu erhalten. 1981 beantragte das OSI seine Abschiebung, scheiterte damit aber vor Gericht.

Von 1958 bis 1967 habe Laipeniekis für die CIA als Informant und Kontaktmann gearbeitet, steht in dem neuen Bericht. Der damalige CIA-Direktor und spätere US-Präsident George Bush senior habe Laipeniekis' Anstellung bestätigt, sie zugleich aber als „geringfügig“ abgetan. Laipeniekis starb 1988 unbehelligt in den USA.

„Watchlist“ mit blinden Flecken

Ein weiterer CIA-Schützling war der frühere SS-Offizier Otto von Bolschwing, ein Handlanger Adolf Eichmanns. Die CIA habe seine Nazi-Vergangenheit „aufgrund mildernder Umstände“ akzeptiert. Die Spionagebehörde habe ihn schon 1949 im Ausland angeheuert und ihm dann 1954 zur Flucht in die USA verholfen, wo er lange als „hoher Manager für verschiedene multinationale Konzerne“ gearbeitet habe.

Dabei sollte zumindest in der Öffentlichkeit nicht die Anwerbung das Ziel der US-Regierung sein, sondern das Verbot einer Einreise von Ex-Nazis und Kollaborateuren. Bis zu 80.000 Namen standen auf Betreiben des OSI zeitweise auf der Nazi-„Watchlist“ des US-Außenministeriums.

Manche blieben verschont, wie der Ex-Vorstandssprecher und Ehrenvorsitzende der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs. 1983 drängte das OSI darauf, Abs wegen seiner Beteiligung an der Arisierung auf die „Watchlist“ zu setzen. Die US-Einwanderungsbehörde INS stimmte dem zwar zu – doch das OSI fand später heraus, dass dies nie geschehen war.

Zusammenarbeit mit Deutschland

Der neue Report kritisiert auch die zeitweilige „Ambivalenz“ der deutschen Bundesregierung bei der gemeinsamen Nazi-Jagd. Zwar sei der „gute Wille“ der Deutschen offenkundig und die generelle Zusammenarbeit meist „produktiv und positiv“ gewesen. Trotzdem habe es „Be-reiche der Frustration“ gegeben.

So seien Anfragen aus den USA im deutschen „Verwaltungsdickicht steckengeblieben“. Auch bei der Rückführung ehemaliger Nazis nach Deutschland habe es vereinzelt diplomatische Verstimmungen gegeben – obwohl Deutschland „eine moralische Verpflichtung habe“, sie nach der Abschiebung wieder aufzunehmen, befand das OSI.

Zeitweise beteiligte sich das OSI an der Nazi-Suche außerhalb der USA. So half es, den Leichnam von Josef Mengele zu identifizieren, der 1979 unerkannt im Exil in Brasilien gestorben war. Mitte der achtziger Jahre entnahm man dazu unter anderem DNA-Proben aus dem Skalp des „Todesengels von Auschwitz“ – weshalb OSI-Häscher Rosenbaum die Reliquie kurz in Washington liegen hatte.

Ungeliebte Dokumentation

Bezeichnend für den zwiespältigen Umgang mit den NS-Schergen ist die Geschichte des OSI-Reports selbst. 1999 war er von der damaligen US-Justizministerin Janet Reno in Auftrag gegeben worden. Doch seit seiner Fertigstellung 2006 weigerte sich das Ministerium, ihn vollständig zu publizieren.

Der nun lancierte komplette Report enthalte „zahlreiche faktische Fehler und Auslassungen“, teilte die Regierung mit. Welche das sein sollen – fraglich.

US-Präsident Barack Obama hatte das Justizministerium zu seinem Amtsantritt mit der Offenlegung interner Regierungsakten betraut. Im März 2010 wurde das OSI mit einer anderen Abteilung des Justizministeriums zur Human Rights and Special Prosecutions Section (HRSP) verschmolzen. Diese soll sich nun um Kriegsverbrecher aller Art kümmern. Zur Chefin wurde die langjährige Justizbeamtin Teresa McHenry ernannt – und Eli Rosenbaum zum Strategiedirektor.

 **RIANOVOSTI** 16.11.2010

UN-Ausschuss billigt russischen Resolutionsentwurf gegen NS-Heroisierung

Der Ausschuss der UN-Vollversammlung für soziale und humanitäre Fragen hat den von Russland eingebrachten Entwurf einer Resolution gegen die Heroisierung und Verherrlichung des Nazismus gebilligt. Die Abstimmung im Ausschuss sei eine wichtige Etappe vor der Diskussion über das Dokument durch die UN, hieß es am Dienstag in New York. Die zuständige Plenarsitzung, die Entscheidungen des Ausschusses normalerweise unterstützt, ist für Mitte Dezember dieses Jahres geplant.

In der Resolution wird unter anderem „tiefe Besorgnis über die Verherrlichung der Nazi-Bewegung und ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS“ geäußert, für die Denkmäler gebaut und die mit Demonstrationen geehrt werden. In dem Dokument werden auch Beschlüsse beziehungsweise Versuche scharf verurteilt, jene als Helden nationaler Befreiungsbewegungen

hinzustellen, die gegen die Anti-Hitler-Koalition gekämpft und mit den Nazisten kollaboriert hatten.

Russland hatte mehrmals die Politik einiger Länder kritisiert, darunter Estlands, Lettlands und der Ukraine, die auf die Verherrlichung der Nazi-Handlanger gerichtet ist. In Lettland finden jedes Jahr Manifestationen ehemaliger Legionäre der Waffen-SS statt. Präsident Valdis Zatlers erklärte sogar, er halte die lettischen SS-Legionäre nicht für Nazisten. Indes hatten viele von ihnen an Massenmorden an Juden sowie Vertretern anderer Nationalitäten auf dem Territorium Lettlands und Weißrusslands teilgenommen.

Ähnliche Veranstaltungen finden auch in Estland statt, an denen auch Parlamentsabgeordnete und andere offizielle Persönlichkeiten der baltischen Republik teilnehmen.

Für den Resolutionsentwurf stimmten Vertreter von 118 Ländern bei einer Gegenstimme (USA). 55 Delegationen, darunter alle Länder der Europäischen Union (EU) sowie die Ukraine, Moldawien und Georgien, enthielten sich der Stimme. Die USA erklärten ihre notorische Ablehnung dieser Resolution damit, dass mit der Verherrlichung des Nazismus oder mit Demonstrationen ehemaliger Legionäre der Waffen-SS „die Redefreiheit und das Versammlungsrecht realisiert werden“.